

Die "Weltzeitung" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ostpreußen 10.— M., im voraus zahlbar. Für Postbestellung werden sämtliche Postgebühren einbezogen. Unter Einband belegen für Deutschland und Österreich 18.— M., für das übrige Ausland 24.50 M., zuzüglich Porto-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 24.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 89/90.

Die achtzehntelne Kompartiments- oder deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das in jeder Nummer 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das jeder Zeile 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Weltzeitung

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Amerika verhandelt mit den Alliierten

England wartet ab — Der französische Widerstand — Die Rede Breitscheids im Reichstag

London, 27. April.

Wie Reuters aus Washington meldet, hat die amerikanische Regierung bis heute mittag keine von ermäßigter Seite her-rührende Benachrichtigung über die Haltung der Alliierten erhalten. Unzweifelhaft wird das Staatsdepartement den Empfang einiger Angaben über die Annehmbarkeit der deutschen Gegen-vorschläge abwarten, ehe es nach Berlin eine Antwort erteilt.

Ergänzungen?

Paris, 27. April.

Wie "Chicago Tribune" aus Washington meldet, herrscht in wohlunterrichteten Kreisen volles Vertrauen, daß der gegenwärtige Notenaustausch über das ergänzende deutsche Angebot zu einem Uebereinkommen führen werde.

New York, 27. April.

Während "New York Tribune" das deutsche Anerbieten lediglich als Londoner Anerbieten in anderer Gestalt und als kümperhaften Versuch, den Vertrag zum Scheitern zu bringen, charakterisiert, meint "New York World", das Anerbieten verdiene die gründlichste Prüfung.

Abwartende Haltung in England

London, 27. April. (Havas.)

Nach Mitteilung aus zuständigen englischen Kreisen ist die Stellungnahme der englischen Regierung hinsichtlich der neuen deutschen Note durchaus abwartend. Vor allen Dingen ist der Wortlaut der Note noch nicht von dem amerikanischen Staatsdepartement übermittelte worden. Der einzige Text, den man besitzt, ist die Uebersetzung der Berliner Veröffentlichung. Man hat tatsächlich aus Washington bisher noch keinerlei Nachricht in dieser Hinsicht erhalten. Die Vorschläge, die bisher bekannt geworden sind, sind in bezug auf die Sicherheiten zu zweideutig, und diese Zweideutigkeit macht weitere Erklärungen unbedingt notwendig. Es wurden deshalb auch bereits Schritte unternommen, um diese Erklärungen sobald als möglich zu erhalten. Ausführungen sind vor allen Dingen in bezug auf den ersten Paragraphen notwendig, denn allem Anschein nach legt Deutschland keinerlei Zeit fest, innerhalb deren die Jahresraten bezahlt werden müssen.

London, 27. April. (Reuters.)

Das Kabinett hat die deutschen Reparationsvorschläge heute vormittag beraten.

Belgien im Gefolge Frankreichs

London, 27. April. (Reuters.)

Der belgische Minister des Aeußeren, Jaspar, wird bis nach dem Zusammenritt des Obersten Rates in London bleiben. Er erklärte, Belgien könne den deutschen Vorschlag, der nicht auf dem Pariser Uebereinkommen basiert sei, nicht annehmen. Seiner Meinung nach ist die letzte deutsche Note kein wirklicher Fortschritt. Jeder Vorschlag aus Berlin müsse auf den Pariser Bedingungen basieren sein.

Louchet wohnte heute einer Zusammenkunft der Reparationskommission bei, die den deutschen Vorschlag prüften und der Meinung sind, daß er den französischen Forderungen in seiner jetzigen Form nicht zu entsprechen vermag. Louchet sieht die deutsche Note nicht als ernsthaft an.

Englisch-französische Pressestimmen

Lionel Georges Organ, der "Daily Chronicle", bezeichnet die neue deutsche Note im Gegensatz zu den vorhergehenden ergänzungen. Die "Times" dagegen finden die Note in vielen Punkten unklar und meinen, sie schaffe — absichtlich oder unabsichtlich — eine neue Gelegenheit für die deutsche Verzögerungstaktik, die sich zwei Jahre lang erfolgreich bewährt habe. Die Vorschläge, die sich zwei Jahre lang erfolgreich bewährt habe. Die Vorschläge, die sich zwei Jahre lang erfolgreich bewährt habe. Die Vorschläge, die sich zwei Jahre lang erfolgreich bewährt habe.

Der Berliner Korrespondent der "Times" meint die deutschen Vorschläge mit der Lösung der oberschlesischen Frage in Zusammenhang bringen zu sollen und behauptet, die deutsche Regierung würde nicht unterschreiben, bevor die ober-schlesische Frage nicht in ihrem Sinne gelöst sei. Die Pariser Presse verhält sich zu den deutschen Vorschlägen, die noch nicht offiziell veröffentlicht wurden, sehr ablehnend. Der "Temps" sagt, die deutsche Note enthielte nur unbestimmte Vorschläge und würde den ganzen Friedensvertrag von Versailles um, die Alliierten würden, wenn sie darauf eingingen, sich aller

Sicherheiten begeben. Die Note rechtserfahrene vollkommen die vor ihrer Bekanntgabe von Briand gemachten Erklärungen in der Kammer und fürte den Willen Frankreichs, die Weiter der deutschen Politik zur Vernunft zu bringen.

Das Pariser Gewerkschaftsblatt "Le Peuple" schreibt, das deutsche Angebot stelle nach seiner Ansicht eine nützliche Diskussionsbasis dar; vielleicht würden die Pariser Chauvinisten vor der Bruttozahl von 50 Milliarden Goldmark augenblicklich zurücktreten, eine einfache Berechnung zeige jedoch, daß das, was Deutschland übermittle, das, was Simons in London anbot, um vieles übersteige. Das Blatt fragt deshalb, ob man unter diesen Umständen sich weigern könne, dieses Angebot zu diskutieren und zu prüfen.

Noch keinen Schritt weiter

Reichstagsdebatte über die auswärtige Politik

Bis zur Stunde liegen keinerlei entscheidende beglaubigte Meldungen über die Stellungnahme der Vereinigten Staaten vor. Insbesondere ist bisher keine Rückfrage der amerikanischen Regierung bei der deutschen eingetroffen. Dagegen liegt folgende private Information aus Washington vor:

Wie der Vertreter des "United Telegraph" erzählt, dürften die Vereinigten Staaten an Frankreich das Ersuchen um einen Ausschub der Behebung des Ruhrgebietes richten, falls England und Italien einer französischen Ablehnung der neuen deutschen Vorschläge ihre Unterstützung versagen sollten. Wenn das Staatsdepartement von den Regierungen Englands und Italiens eine Andeutung erhielte, daß diesen eine Gelegenheit zur Erörterung des neuen deutschen Angebotes erwünscht sei, so würden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich bei Frankreich vorstellig werden, daß dieses seine Truppen solange nicht marschieren lasse, bis ein neuer Versuch zur Erzielung einer Verständigung gemacht sei.

Diese Nachricht entbehrt nicht einer gewissen inneren Wahrscheinlichkeit. Sie zeigt zugleich, daß die Entscheidung außer den Vereinigten Staaten vor allem bei England und Italien liegt. Da ist es nun wichtig, daß auch nach französischen Berichten die Stellung der englischen Regierung, in einem gewissen Gegensatz zu dem schroff ablehnenden französischen Verhalten, zumindest eine abwartende ist. In London scheint man vor allem eine genauere Präzisierung der Vorschläge für erwünscht zu halten. Damit wäre die Möglichkeit für eine vermittelnde Tätigkeit Amerikas und für den Beginn von Erörterungen gegeben. Eine ähnliche Haltung darf man wohl bei der italienischen Regierung vermuten, obwohl diese durch die Tiroler Abstimmung gerade in dieser kritischen Zeit in einen schärferen Gegensatz zu Deutschland geraten ist. Jedenfalls hängt von der Stellungnahme dieser beiden Mächte zuletzt auch die Haltung der Vereinigten Staaten ab. Denn die amerikanische Regierung mag unter Umständen der französischen Politik der Behebung um jeden Preis entgegenzutreten wollen, wenn diese auch von England und Italien nicht restlos unterstützt wird. Aber sie wird sich wohl kaum mit allen Entente-mächten in Widerspruch setzen wollen.

In Frankreich aber steht man sowohl der amerikanischen Vermittlung als auch jeder neuen Verhandlung völlig ablehnend gegenüber. Nach der Rede Briands verbreitet jetzt die Agence Havas, die offizielle Telegraphen-agentur, folgende Mitteilung:

Die zuständigen Kreise erklären die neuen deutschen Gegen-vorschläge, wie sie durch ein Havastelegramm bekannt gemacht worden sind, für vollkommen unannehmbar. Das Außenministerium ist amtlich von diesen Vorschlägen noch nicht in Kenntnis gesetzt worden, die keine Unterlage für eine föderliche Wiederaufnahme der Unterhandlungen bieten.

Die von der Reichsregierung zu Reparationszwecken angegebenen Zahlen sind durchaus ungenügend, da sie um mindestens 100 Milliarden hinter den Summen der Pariser Abmachungen zurückbleiben (?), die von den Verhandlungsregierungen als Mindestforderung betrachtet werden. Deutschland will sich wohl verpflichten, innerhalb einer Frist von drei Monaten eine Abschlagszahlung von einer Milliarde Goldmark zu zahlen, es verzögert aber vollständig, daß noch ein Restbetrag von 12 Milliarden Goldmark ausbleibt auf die am 1. Mai fällige erste Rate von 20 Milliarden Goldmark. Andererseits schlägt Deutschland vor, sich an dem Wiederaufbau der zerstörten Kriegsgebiete zu beteiligen und unter gewissen Umständen an Stelle der Verhandlungsregierungen die Schulden derselben den Vereinigten Staaten gegenüber zu bezahlen. Aber alle diese Anerbietungen sind von einer Menge Vorbedingungen abhängig gemacht, die ihren Wert ganz bedeutend herabmindern. Deutschland geht so weit, die Aufhebung aller Zwangsmahnahmen zu fordern, also nicht nur der kürzlich verhängten, sondern sogar auch der Besetzung

des linken Rheinufers (?), die doch im Friedensvertrag von Versailles ausdrücklich vorgesehen ist. Zum Ausgleich für diese Vorschläge beansprucht Deutschland, aller seiner übrigen Verpflichtungen für Reparationszwecke los und ledig zu werden. Mit der einen Hand bietet es weniger, als es uns schuldig ist, um mit der anderen Hand gleichzeitig mehr zu nehmen, als seine zukünftigen Zahlungen ausmachen würden.

In dieser halbamtlichen Auslassung wird also in schroffster Form der deutsche Vorschlag als geeignete Unterlage für Verhandlungen abgelehnt. Dabei werden die deutschen Vorschläge, die durchaus elastisch sind und sich den Pariser Vorschlägen weitgehend nähern, einer völlig unzutreffenden Kritik unterzogen. Es ist offensichtlich, daß die französische Politik sich vorläufig in ihren eigenen Drohungen gefangen hat, und das erschwert natürlich die Lösung der Krise ganz außerordentlich.

Aber auf der anderen Seite müßten sich auch in Frankreich alle Kreise, die nicht die Befriedigung einer reinen Prestigepolitik oder die Erfüllung gewisser rein militäristischer und annexionsistischer Ziele erstreben, doch sagen, daß die Gewaltpolitik immer ein sehr schlechtes Geschäft ist und daß die Befriedigung der dringenden finanziellen Bedürfnisse, die Wiederherstellung des zerstörten Gebietes durch eine Vereinbarung mit Deutschland ungleich schneller und sicherer zu erzielen ist, als durch den Vormarsch der Armeen. Es ist möglich, daß diesen Kreisen, die im Moment durch die unglückselige Entwicklung und durch die zögernde und faule Politik der deutschen Regierung, vor allem in den letzten Monaten, immer mehr zurückgedrängt wurden, eine englische und italienische Unterstützung der amerikanischen Vermittlung im Grunde genommen nicht ganz unerwünscht wäre.

Die Fehler der deutschen Regierungspolitik, die zur Zuspitzung der internationalen Krise beigetragen haben, wurden gestern im Reichstag in der Rede Breitscheids einer scharfen und treffenden Kritik unterzogen. Darüber hinaus entwickelte Breitscheid in seiner wirkungsvollen Art unsere grundsätzliche Stellung zu dem ganzen Wiedergutmachungsproblem. Er wies auf die Notwendigkeit hin, daß, solange das kapitalistische Machtssystem noch nicht überwunden ist, es unsere Aufgabe ist, unseren Einfluß einzusetzen, damit die kapitalistische Lösung der Arbeiterfrage möglichst wenig Schaden zufügt, daß aber, wie immer die jetzige Krise auch ausgehen würde, die Heilung der Kriegsschäden erst durch die Erstarbung der sozialistischen Internationalen und durch die Machtergreifung des Proletariats erfolgen könnte.

Zu Beginn der Sitzung hatten die Regierungsparteien gemeinsam eine Erklärung abgegeben, in der sie ihr Einverständnis mit der Regierungspolitik ausgesprochen. Die Erklärung ist sehr kurz gefaßt und enthält sich diesmal der üblichen Gewohnheit, hohe Töne anzuschlagen und klingende Phrasen zu gebrauchen. Allmählich scheint auch diesen bürgerlichen Parteien die Erkenntnis zu dämmern, daß vor allem eins nottut: die drohende Katastrophe in letzter Stunde abzuwenden.

Hermann Müller, der für die Rechtssozialisten dann das Wort nahm, vermied jede eingehende Kritik der Regierungspolitik. Die Stellung seiner Partei umschrieb er kurz dahin, daß das deutsche Angebot hinter den Pariser Beschlüssen nur um 26 Milliarden Goldmark zurückbleibe. In dieser Prestigefrage, um die es sich jetzt nur mehr handelt, dürfe die Vereinbarung nicht scheitern. Im übrigen wandte sich Müller hauptsächlich gegen die Deutschnationalen. Dies führte zu einer Reihe scharfer Zusammenstöße, insbesondere, als Müller das gewissenlose monarchistische und militaristische Treiben geißelte, zu dem das Leichenbegängnis der Kaiserin diesen Kreisen Gelegenheit gegeben hatte.

Dann mußte der Reichstag noch das widerliche Schauspiel eines Auftretens Helfferichs über sich ergehen lassen. Es war unerträglich, wie dieser Hauptschuldige an der Verlängerung des Krieges auch jetzt wieder nur die gewissenlose nationalstische Demagogie trieb. "Ein Ende in Ehren" verlangte dieser Helfferich, der Träger eines Systems, das mit durch ihn in Schmach und Schande versunken ist. Freilich, er und seinesgleichen, Junkertum und Großkapital, haben dieses Ende sehr gut überlebt, und nicht sie, sondern die verelendeten Massen sind die Opfer geworden. Und wenn derselbe Helfferich, der der Führer des Feldzuges gegen die Besitzlosen ist, es wagt, von der Opferbereitschaft seiner Klasse zu sprechen, so ist das wirklich der Gipfel der Schamlosigkeit. Mit Recht hat ihm Breitscheid erwidert, daß seine Freunde bisher die Opfer ausschließlich aus den Taschen anderer gebracht haben.

Nach einer kommunistischen Rede, die diesmal einer von den sechs oder sieben Unhängern, die die Stöcker-Zentrale der Reichstagsfraktion besitzt, halten durfte, wurde die Sitzung vertagt. Heute geht die Debatte weiter.

Die gestrige Reichstagsitzung

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten. Einziger Punkt der Tagesordnung ist

Vorforderung der Aussprache über die auswärtige Politik

Abg. Dr. Kieher (D. Sp.) gibt im Namen der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei folgende

Erklärung der Regierungsparteien

ob: Schwere Herzen, aber im Vorgefühl unserer Verantwortlichkeit sprechen wir uns in einer Einverständlichkeit dazu aus, daß die Regierung den Weg, der sich ihr bot, betreten hat, um die Vermittlung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu erlangen. Wenn der Präsident diese Aufgabe übernimmt, so eröffnet sich damit die Aussicht, der Welt den Frieden zu geben, nach dem sie ruft, und die freibeiwillige Entwicklung Deutschlands in ruhigen Bahnen zu sichern. Die Vorschläge, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mitgeteilt worden sind, mühen uns Ungeheures zu. Das deutsche Volk ist aber gewillt, rüchhaltlos zu leisten, was es überhaupt leisten kann. Schlägt auch dieser Versuch fehl, so ist vor der Geschichte festzustellen, daß Deutschland alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um der erschöpften und zerstörten Welt den Frieden zu verschaffen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Der Abg. Dittmann hat vorgetragen, daß der Friede von Brest-Litowsk dem Frieden von Versailles vorangegangen ist. Unzweifelhaft war letzterer viel schlimmer als der von Brest, aber der Friede von Brest hat Ihnen (nach rechts) ja nicht genügt. Sie haben am 21. März 1918 im Reichstage einen Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die künftigen Friedensverhandlungen

der Grundjah des Verzichts auf Kriegsschadigungen ausgegeben und je nach der militärischen Lage der ganze Ertrag für die Kriegsschäden einschließlich Pensionen für die Kriegsveteranen und Hinterbliebenen den Gegnern auferlegt werde. (Großer Lärm rechts.) Unter diesem Antrag stehen Graf Weiskopf, Ernst Adl, Dietrich, Schiele und andere, die auch dem heutigen Reichstage angehören, dagegen fehlen heute v. a. Herr Kapp und Graf Doppersdorf, der jetzt mit Pan Koriants Arm in Arm geht. Für den Schritt der Anrufung des amerikanischen Präsidenten als Schiedsrichter trägt die Regierung allein die Verantwortung. Hinsichtlich der Anrufung des Außenministers über sein demokratisches System geht es zu, es ist auch unter dem demokratischen Regime nicht möglich, die parlamentarischen Körperschaften über jeden Schritt der Regierung zu unterrichten; aber wenn es sich um Fragen handelt, wo Leben und Sterben der Nation auf dem Spiele steht, ist es die Pflicht einer demokratischen Regierung, mit den gewählten Volksvertretern sich rechtzeitig in Verbindung zu setzen. Schon nach der Verfassung dürfen in wichtigen Lebensfragen der Nation die gesetzgebenden Körperschaften nicht so ausgeschlossen werden, wie es in letzter Zeit geschehen ist. Die Reparationsfrage kann nicht ohne Vorklärung mit den führenden europäischen Mächten gelöst werden, und Frankreich ist in diesem Augenblick die führende Macht.

Eine internationale Anleihe nach österreichischem Muster dürfte wohl möglich sein. Auch in Frankreich wächst die Zahl derjenigen, die eine direkte deutsche Beteiligung am Wiederaufbau wollen. Meine Fraktion steht hinsichtlich der finanziellen Zahlung noch genau auf dem Boden der Erklärung vom 2. Februar, daß nämlich die Pariser Forderungen in 42 Jahren von Deutschland nicht erfüllt werden können, wenn Deutschland dazu gezwungen würde, dies

zu einer Katastrophe für die ganze Welt

führen müßte. Die neuen Vorschläge sagen über die Verteilung der Jahresraten nichts, sie werden sich also wohl auf einen längeren Zeitraum als 42 Jahre verteilen, also nicht nur eine, sondern zwei Generationen belasten. Aber das muß in Kauf genommen werden, um unsere Katastrophe zu vermeiden. Wenn die Anexionisten und U-Boot-Beute an das Weltgewissen appellieren, kann dieses nur mit Freigebigkeit darauf reagieren. Die selben Leute sind Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands. (Stürmische Entrüstung auf der Rechten, erregte Zwischenrufe.) Es ist unübersehbar, daß tatsächlich trotz der Bemühungen der Regierung in Deutschland noch ungeheuer viel Waffen verstreut sind. (Abg. Wulle: Bei den Kommunisten!) Ich weiß nicht, ob die Kaserne in Kakeburg, wo man 3000 Gewehre, 11 schwere und 21 leichte Maschinengewehre ausgrub, kommunistisch war; ähnliche Beispiele haben wir aus Köln und Wittenberg. Was Abg. Dittmann über die Vorgänge im Osten gesagt hat, ist im wesentlichen richtig. Ich glaube aber nicht, daß Lord George von allen politischen Gelehrten verlassen ist, um den politischen Gendarm auf uns loszulassen und dadurch auf Jahrzehnte neuen Haß und Verwicklungen zu schaffen.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.): Was Sie (zum Abg. Müller-Franken) hier gesagt haben, ist das Gegenteil der Wahrheit. (Stürmischer Widerspruch.) Sie haben Ihre Behauptungen nur aufgestellt, um das größte Verbrechen zu bemänteln, das in der Weltgeschichte je begangen worden ist, nämlich die Revolution. (Stürmischer Widerspruch.) Zum: Sie sind der größte Kriegsverbrecher! Das Kaiserliche Deutschland war die friedlichste Macht der Welt. (Stürmische Heiterkeit links.) Solange der Feind nicht die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit erreicht, die nicht überschritten wird, komme, was da wolle, solange wir kämpfen, anstatt nicht einen Fuß breit mehr zu weichen, liegt der Feind vor uns mit gebalteter Faust und laßt damit nieder. Der Reichsminister des Reiches mag aus dem Erfolg der Politik des Zurückweichens ersehen, daß wir immer tiefer hineinkommen. Wir müssen sagen:

Bis hierher und nicht weiter.

Es ist ein Ides Märchen, daß Frankreich durch den Friedensschluß von Frankfurt veranlaßt sei, eine solche Katastrophe heraufzubekommen. Es ist ein Irrtum, daß es den Franzosen jetzt lediglich auf das Besitzen ankomme; die Pariser Politik wird vielmehr von dem Drang nach dem Rhein und Weibereiche diktiert. Da haben wir keinen anderen Ausweg, als durch das Wort, das Herr Simons am Schluß sagte: Gewalt hat eine Grenze. (Zwischenruf links: Das haben Sie auch erfahren?) Will Herr Dittmann dem Volke raten, sich wehrlos allem und jedem zu unterwerfen? Damit laden Sie eine ungeheure Verantwortung und Schuld auf sich. (Dittmann: Sie sind der Tap der Gewaltpolitiker!) Wenn 36 Millionen Engländer den 4 Millionen Iren gegenüber nicht fertig werden, so wird es auch den 40 Millionen Franzosen gegenüber den 60 Millionen Deutschen nicht gelingen, unter der Voraussetzung, daß nicht Leute wie Herr Dittmann bei uns das große Wort führen. (Sehr richtig rechts.) Das ist nur möglich, wenn wir selbst die Hand dazu bieten. Die Lage, in der wir sind, ist ungeheuerlich, aber nicht heilspiegellos. Das deutsche Volk hat in seiner Geschichte schon ähnliche Lagen durchgemacht und hat sich immer wieder herausgerissen, aber es scheint in der Tat, als ob das deutsche Volk eine solche Abhängigkeit notwendig gehabt hätte. Wenn man heute durch Berlin geht, sieht man nichts von der heillosen Not. Ein gewisser Teil des Volkes amüsiert sich genau wie früher (Zuruf links: Ihre Leute! Gegenruf rechts: Die Juden!) Die Kreise, die zu uns gehören, trauern in Saß und Weide. (Stürmischer Geächter links.) Treulich weist in seiner „Deutschen Geschichte“ auf den Frieden von Tilsit hin. Was er da sagt, trifft auch auf heute genau zu. Er sagt, nie und nirgends wurde ein gestütztes Volk grausamer behandelt. Das ist genau der jetzige Zustand. Aber die Weltgeschichte war mit dem Jahre 1807 nicht zu Ende, sie wird auch mit dem Jahre 1921 nicht zu Ende sein.

Abg. Dr. Breitscheid (U. S. P.):

Von verschiedenen Rednern, namentlich von Dr. Helfferich, ist die Friedfertigkeit des deutschen Kaisers rühmend in den höchsten Tönen gepriesen worden. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß der Friede, den Wilhelm II.,

Ludendorff und Helfferich wollten, nur ein Siegfriede sein konnte. Wir ist ein Affenstück bekannt, dessen Verfertigung die Illusionen der Rechten dieses Hauses über die friedlichen Absichten des früheren Kaisers gründlich zerstören würde. Durch eine Inzidenzaktion ist aus diesen Affen bereits etwas in die ausländische Presse gelangt. So die Angabe,

daß Wilhelm II. einen Frieden erstrebte unter der Bedingung, daß die Vereinigten Staaten 30 Milliarden, Frankreich 40 Milliarden zahlen sollten, daß Longwy und Brianc an Deutschland fallen, die flandrische Küste in der Hand der Deutschen bleiben sollte. Der frühere Kaiser ging in seinem Wahnsinn so weit, den Engländern Malta abnehmen zu wollen.

Die Zerstörung in Nordfrankreich und Belgien ist vor allem aus Rücksicht auf gewisse kapitalistische Kreise vorgenommen worden. Unsere Schwerindustrie hatte das größte Interesse daran, die französische und belgische Industrie für möglichst lange Zeit konkurrenzunfähig zu machen. Diesen Wünschen der Schwerindustrie haben die militärischen Führer Rechnung getragen. (Zuruf des Abg. Stinnes: Diese Annahme ist falsch!) Wenn nun Ihre (zur Rechten) Spekulation selbgeschlagen ist, so dürfen Sie sich nicht wundern, daß jetzt dafür dem deutschen Volke die Rechnung präsentiert wird.

Die Feststellungen der Sachverständigen über die deutsche Leistungsfähigkeit haben bei uns seit jeher Bedenken hervorgerufen. Wir suchen natürlich eine Lösung, die die Arbeiterklasse der ganzen Welt, die sich der Wiedergutmachung nicht völlig entziehen will, am wenigsten belastet, weil wir der Ansicht sind, daß eine solche Lösung am besten den Interessen der Welt entspricht. Die Lösung, die wir uns denken, ist formuliert in den bekannten Amsterdamer Beschlüssen. Die Arbeiter verlangen, nachdem sie das Objekt des Krieges gewesen sind, nun das Subjekt des Wiederaufbaus zu werden. Dies ist die Aufgabe der Regierung, die das Verständnis dafür aufgebracht hat, daß sie besser gefahren wäre, statt der kapitalistischen Sachverständigen die Führer der Arbeiterklasse zu Rate zu ziehen. Allerdings die sozialistische Lösung des Wiedergutmachungsproblems, die einzige, die schließlich aus allem Unheil herauszuführen kann, erfordert als Vorbereitung

die politische und wirtschaftliche Umgestaltung der ganzen Welt,

zu der es bisher noch nicht gekommen ist. Die proletarische Lösung verlangt, daß die Arbeiterklasse maßgebenden Einfluß erhält, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Entente-Staaten, d. h. den Sieg des Sozialismus. Dieser Tag wird kommen, wenn er auch nicht durch leichtfertige und trivial durchgeführte Waische erreicht werden kann, noch dadurch, daß fortgesetzt die revolutionäre Phrase im Munde geführt wird, sondern nur dadurch, daß man fortgesetzt, im Kleinen sowohl wie im Großen dahin wirkt, aus dem kapitalistischen Heute das sozialistische Morgen zu schaffen. (Sehr wahr! bei den U. S. P.) Es wäre eine miserable Politik, wollte man mit Hoffen und Harren auf die Zukunft die notwendige Arbeit der Gegenwart vernachlässigen. Die Gewaltpolitik, die sich in die sogenannte rechtliche Hülle der Sanktionen kleidet, wird auf die Dauer nicht nur das deutsche Volk schädigen, sondern auf die Entente selbst zurückfallen, wie man schon jetzt an dem englischen Kohlenarbeiterstreik und seinen Wirkungen erkennt. Ein weitverbreitetes Londoner Arbeiterblatt, der „Daily Herald“, hat vor wenigen Wochen in gleichem Sinne sich geäußert und von dieser Auffassung aus für die Aufhebung der Anleihepläne plädiert, die in Versailles ausgehandelt worden sind. Was kann gegenüber dem Appell des siegreichen Staates an die Gewalt der unterlegenen Gegner, das Objekt dieser Maßnahmen tun? Er kann resignieren oder an die Waffen appellieren. Der eine Weg ist so verfehlt wie der andere. Ebenso verfehlt wie die Resignation, in der sich die Regierung bisher gefallen hat, ist der Appell an den aktiven Widerstand des deutschen Volkes, wie ihn die deutsche Presse und die Rede der Rechten täglich predigen. Was wird darunter verstanden, wenn, wie heute noch Herr Helfferich sagte, das Volk sich mit Zähnen und Klauen wehren soll? Wenn Sie uns das nicht sagen, so sind Sie nichts als schlechte Komödianten, dann ist der Beweis geliefert, daß das ganze stolze und starke Geröde keine außenpolitischen, sondern nur innenpolitische Interessen verfolgt. Man spekuliert darauf, daß dann, nachdem die Entente ins Ruhrrevier eingerückt ist, das Nationalgefühl der dort anwesenden wird, daß die Deutschen nationaler daraus ihre Vorteile ziehen können. Das sind nicht hochpolitische, sondern parteiegoistische Erwägungen. Aber auch mit der Resignation ist es nichts. Die Regierung muß wissen, was geschieht, wenn es zu keiner Verständigung kommt. Das Unertägliche an dem Gedanken der Besetzung des Ruhrreviers ist vom kapitalistischen Standpunkte aus doch wohl das, daß das Ausland dann dazu übergeht, die deutschen Exporteure für den französischen Kapitalismus zu expropriieren. Herr Helfferich hat die Schwurfinger erhoben und seine Dpferwilligkeit erklärt.

Wie weit geht diese?

Jedenfalls werden er und seine Freunde wie immer auch jetzt bereit sein, aus der Tasche anderer Leute Opfer zu bringen. Der Abg. Dr. Hochstet hat von der Regierung die systematische Aufrollung der Schuldfrage und die Forderung des Unschuldbeweises für Deutschland verlangt. Wenn das so leicht wäre, hätte die Regierung diesen Beweis längst erbracht. Herr Dr. Simons hat gestern sehr vernünftig gemeint, im Moment ist es nicht zweckmäßig, der Entente gegenüber die deutsche Schuld abzulehnen, weil die Entente dann meinen könnte, Deutschland wolle sich seiner Schuld entziehen. Es wäre sehr schön gewesen, wenn Dr. Simons sich das schon früher klargemacht hätte, dann hätte er seine verhängnisvolle Rede in Stuttgart nicht so gehalten.

Die kapitalistische Lösung der Frage ist für uns nicht gangbar. Wenn Herr Loucheur und Herr Stinnes sich zusammenschließen, könnten sie ja auch eine Lösung finden, die wir allerdings mit aller Energie abwenden werden. Aber es gibt auch andere Möglichkeiten, bei denen die Rechnung nicht auf dem Rücken der Arbeiterlasten lasten wird. Voraussetzung ist immer eine Atmosphäre, die den Beweis des guten Willens und der Ehrlichkeit der deutschen Politik liefert. Daran hat es bisher leider sehr gefehlt. Ich muß in diesem Zusammenhang auf den Vorgang in der letzten Woche in Potsdam zurückkommen. Wir verstehen durchaus das Bedürfnis, Pietät durch Trauerkundgebung auszubringen. In Potsdam aber hat man nicht sowohl Pietät bewiesen, als eine Leichenparade veranstaltet. Den Tausenden von Militärs, die dabei waren, war es mehr darum zu tun, zu zeigen: wir sind noch da. War es darum zu tun, sich wieder einmal im Glanz ihrer Uniformen und Orden zu sammeln. (Große Unruhe rechts.) Es war unweifelhaft

eine monarchistische Demonstration,

aus der große schädliche Wirkungen entspringen konnten. In Potsdam ist ein amerikanisches Ehepaar flüchtig geschlagen worden, nur weil es englisch gesprochen hat. Eine würdige Einleitung zu der amerikanischen Vermittlung. (Unruhe rechts.)

Daß die Regierung in der Entwaffnungsfrage keineswegs die Energie entfaltete, hat von der Herr Hochstet sprach, beweist ein Angebot an einen Herrn in Stuttgart, dem eine große Menge von Waffen und Munition angeboten wurden. Und haben wir nicht auch gesehen, daß von einem bayerischen Regierungsvorsteher am 30. April im bayerischen Landtag ausgeführt wurde, daß die bayerische Einwohnerwehr über einen Mannschaftsstand von 320 000 verfügt und diese 320 000 Mann über 240 000 Gewehre, 2087 Maschinengewehre, 44 leichte Geschütze und 3 Minenwerfer. (Zuruf: Das wissen wir ja!) Um so schlimmer, daß Sie sagen, es ist entworfen worden. Bei ihren Angeboten an die Entente hat die deutsche Regierung immer erklärt, das ist das Allerbeste. Diese Methode ist doch in etwas die Methode des

hässigen Jakob: immer wird ein neues Angebot gemacht und jedesmal wird versichert,

es sei wirklich das Beste.

Wie sollen da die Gegner überhaupt noch unseren Worten glauben? Minister Simons kündigte an, daß man erst, an die Substanz des Vermögens des deutschen Volkes herangehen könnte. Diesen Gedanken hätte man schon früher haben sollen. Die einzige aktive Tätigkeit unserer verschiedenen Regierungen bestand bisher in der Abfassung von mehr oder weniger ungeschickten Notizen an die Entente. Nach dem Scheitern der Londoner Verhandlungen gab Minister Simons eine Erklärung ab, aus der man zum mindesten herauslesen mußte, er sei überhaupt nicht mehr geneigt, die Initiative zu neuen Verhandlungen mit der Entente zu ergreifen, solange die Sanktionen andauern. Niemals hat die Regierung Veranlassung genommen, dieser Auffassung zu widersprechen. Wir dagegen haben im Ausschuß wie im Plenum erklärt, es gebe unter keinen Umständen an, sich den weiteren Weg zu Verhandlungen zu verbauen. Von einer Ohrfeige kann gar keine Rede sein. (Minister Simons: Die Sanktionen waren die Ohrfeige!) Es war keine Ohrfeige, sondern eine nach unserer Meinung ungerechtfertigte Wirkung der Ablehnung des deutschen Vorschlags. Das Memorandum an Amerika, in dem gesagt wurde, Frankreich wolle überhaupt keinen Wiederaufbau, war ein schwerer politischer Fehler.

Ich weiß nicht, ob es wahr ist, daß ein Beamter des Auswärtigen Amtes auf Anfrage erklärt hat: Ja, wenn wir gewußt hätten, daß die Amerikaner dieses Memorandum veröffentlichten, hätten wir die Dummheit nicht gemacht. Durch solche Ausrede würde die Unklugheit des ersten Schrittes nur noch verstärkt werden. Dann hat Herr Simons seine Schweizer Kette angezogen. Wir können ihm die körperliche Erholung und freuen uns, daß die freie Vergnügung seinen im Auswärtigen Amt ein wenig angenehmeren Geist erfrischt hat. (Heiterkeit.) Nun aber befand sich der Minister des Auswärtigen Amtes in Paris, und der Reichskanzler in Freiburg, in einer Situation, wo jeder Tag neue Wendungen bringen konnte und mußte, wo gerade das Auge der obersten Chefs so dringend notwendig in ihren Aemtern gewesen wäre. Wenn Herr Simons von der Schweiz aus Politik macht, so hätte er das ganze Auswärtige Amt mitnehmen müssen, denn dieses ist

ein Museum wilhelminischer Kelturmer.

Im Auswärtigen Amt wurde jedem, der es hören wollte, zu derselben Zeit, wo Herr Simons nach neuen Verbindungen suchte, versichert, Deutschland habe das nicht nötig. Herr Simons, es ist außerordentlich unklug, wenn der Herr das Haus verläßt und so unzuverlässigen Anekdoten seine Arbeit überläßt. Niemand wird das Kabinett von dem Vorwurf befreien, daß es in den letzten Monaten eine Katastrophe betrieben hat, der gegenüber sich die Politik Wilhelms II. sogar durch eine gewisse Konsequenz auszeichnet. Wenn Minister Simons davon sprach, angesichts der Veröffentlichung in der „Germania“ einen Landesverratsprozeß einzuleiten, so meine ich, man könnte nichts Pächlicheres tun als dies. Alle Welt raunte von allen möglichen Dingen, nur das deutsche Volk und seine berufene Vertretung wurde nicht unterrichtet. Jetzt will man alles auf das Konto eines Journalisten oder eines Ministers schieben. Selbst der Auswärtige Ausschuß ist nicht in das Geheimnis gezogen worden. Von diesem Ausschuß besteht überhaupt eine ganz falsche Auffassung, er ist ein Messer ohne Schneide, denn der Stiel fehlt. Wir kommen in diesem Ausschuß lediglich zusammen, um uns die Scharben anzusehen, die die Regierung am gerichtet hat. Wir wollen aber die Möglichkeit besitzen, vor entscheidenden Schritten die Kontrolle auszuüben und diese Schritte zu beeinflussen.

Es genügt nicht, daß wir einen Minister entlassen, wenn er Schaden angerichtet hat, den das deutsche Volk tragen muß. In dieser Hinsicht mag Minister Simons keine Anleihe von Demokratie etwas redigieren. Er hat sich im Namen des deutschen Volkes an Amerika gewandt.

Das deutsche Volk hat aber nicht seine Zustimmung gegeben.

Wesentlich mehr als wir wählten amerikanische Staatsbürger von dem, was sich abspielte. Amerikanische Interessenten haben den weitesten Einfluß ausgeübt und am Zustandekommen der Note mitgearbeitet. Wenn das Politik ist, dann ist Karlshaus Mitglied der kommenden Staatsmann. (Große Heiterkeit.) Niemand, besonders in der Entente, könnte es anders auslegen, als daß Harding das deutsche Schicksal in die Hand gegeben ist.

In den Erörterungen der letzten Tage über eine Regierungskrise haben wir uns wenig oder gar nicht beteiligt. Ob die Regierung bleibt oder geht, ist zunächst ihre Sache. Wir sind der Überzeugung, daß jede neue Regierung von vornherein durch die verfehlten Maßnahmen des Kabinetts Fehrenbach gebunden ist. Die Regierung hat in den letzten Wochen mit den Interessen des deutschen Volkes ein Hazardspiel getrieben. Wenn die Note an Washington dazu führt, daß es zu Verhandlungen, insbesondere mit Frankreich, kommt, wenn wir vor dem 1. Mai mit einem blauen Auge davonkommen, so ist das nicht ein Verdienst des Kabinetts Fehrenbach, sondern ein höchst unverdienter Glück. Aber Herr Polykrates Fehrenbach, man kann nicht ungefragt eine derartige Fülle von Glücksglücken auf sich sammeln. Es wird der Augenblick kommen, wo Glück allein nicht mehr ausreicht, sondern wirkliche staatsmännische Fähigkeiten notwendig sind. Es wird sich immer wieder herausstellen, daß die letzte Alternative die Unterwerfung Vorschläge der internationalen Sozialisten sind, die das wirtschaftliche Interesse aller Völker am besten wahren. Der kommende 1. Mai ist der 1. Mai der Staatsmänner, die haben und drüben eine verhängnisvolle Politik getrieben haben. Es wird aber kommen der 1. Mai, an dem das Volk den Ausschlag gibt, ein erster Mai, von dem Richard Dehmel sagte:

Es kommt wohl einst ein erster Mai,
da steht das Volk in einer Reih'.

(Lebhafter Beifall bei den U. S.)

Abg. Fröhlich (Komm.): Was hat sich wohl die deutsche Regierung dabei gedacht, als sie der Entente jetzt diese ungeheure Summe angeboten hat? Solche Politik ist in der Tat nichts anderes als eine Hazardspolitik. Ein Politiker, der an die Gerechtigkeit appelliert, hat damit schon von vornherein seinen Bankrott eingestanden. Frankreichs Politik geht dahin, über Deutschland hinweg dem russischen Bolschewismus an die Gurgel zu springen. Die Sanktionen gehen auf eine vollkommene Zerrüttung, Schwächung und wirtschaftliche Zermürbung Deutschlands aus. Das Wiederaufbauprogramm der Gewerkschaften international, auf dessen Boden sich die Sozialdemokraten und Unabhängigen gestellt haben, bedeutet nur die Ausbeutung der Arbeiter durch das internationale Kapital. Redner vertritt sich ausdrücklich über den Zustand in Mitteldeutschland.

Vizepräsident Dittmann schlägt dem Hause vor, sich zu vertragen. — Abg. Varg (Komm.) widerspricht. — Der Verlagsantrag wird gegen die Kommunisten angenommen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Dr. Helfferich (Dn.) und Müller-Franken (Soz.) verlegt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der Debatte von heute, Nachtrag, Orlotassenerverzeihnis, Sondergerichte, Befreiung der Erwerbslosigkeit.

Der Vorklausurausschuss des Reichstages beschloß, am Donnerstag die politische Aussprache fortzusetzen. In Aussicht genommen ist Sonnabend und Montag Sitzungstagen zu halten. Vor den Pfingstferien hofft man noch den Nachtragsetat für 1921 sowie die Beratung der Anträge über Aufhebung der Ausnahmebestimmungen zu erledigen. Die Pfingstferien sollen vom 7. Mai bis zum 11. Mai dauern.

Der Untersuchungsausschuss gegen den Reichsobernährungsminister Hermes beschloß in seiner gestrigen Sitzung, die Herren Dr. Cavalle und Dr. Mejdendorfer als Zeugen darüber zu vernahmen, ob sie seinerzeit bei der Anschaffung des ersten Anlages durch Herrn Hermes aus Mitteln der Reichsobernährungsstellen Bedeutendes gegen die Zulässigkeit der Verwendung dieser Gelder geäußert haben.

Ein Fünfundsechzigjähriger

Von J. Simon-Rürnberg

Wilhelm Bod begehrt heute seinen fünfundsiebzigsten Geburtstag. Ueberblicken wir das Leben und Wirken dieses rastlosen, unerschrockenen Kämpfers, der trotz seiner 75 Jahre auch heute noch im Vordertreffen des Kampfes steht, so zieht die ganze Geschichte der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, an deren Wiege er bereits gestanden, an uns vorüber.

Als Sohn armer Eltern am 28. April 1846 zu Groß-Breitenbach in Thüringen geboren, besuchte er die Dorfschule und kam sodann zu einem Schuhmacher in Arnstadt in die Lehre. Nach 4jähriger Lehrzeit durchzog er als Handwerksbursche Norddeutschland, arbeitete in Magdeburg, kam nach Hamburg, wo er längere Zeit verblieb. Die Not, die er in frühesten Jugend kennen gelernt, weckte in ihm schon sehr früh die Erkenntnis, daß nur durch engsten Zusammen-schluß der Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lage herbeigeführt werden kann. Mit eisernem Fleiß ging er daran, sich selbst zu bilden. Gelegenheit hierzu bot sich ihm in der Arbeiterbildungsschule und den öffentlichen Bibliotheken, die er eifrig besuchte. Durch seine Bekanntschaft mit Weib wurde er im Jahre 1868 Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (Lassalleaner). Im Jahre 1869 kam Bod nach Gotha. Von da ab beginnt seine eigentliche Tätigkeit als Organisator, als welcher er Großes, Nie zu vergessendes geleistet hat.

Der damalige Streit zwischen Lassalleanern und Eisenachern, die scharfe gegenseitige Bekämpfung weckte bei ihm das Empfinden, das nur durch die einheitliche Zusammenfassung in gewerkschaftliche und politische Organisationen die Arbeiter eine Macht bilden. Diese Erkenntnis veranlaßte ihn, sich in den Dienst der Einigungsbestrebungen zu stellen. Da die damalige Leitung der „Lassalleaner“ der freien Aussprache, die nach Bods Auffassung allein zur Klärung und Einigung der feindseligen Brüder führen könne, abhold war, schloß er sich den „Eisenachern“ an, in deren Reihen er unabhängig für die Verschmelzung beider Richtungen wirkte.

Sein praktischer Sinn sagte ihm, daß diese Einigung wohl am besten zunächst auf gewerkschaftlichem Gebiet zu erreichen sei. Da die Gewerkschaften infolge ihrer Zerissenheit nur ein Scheindasein führten, trat er mit großer Energie für die Verschmelzung der beiden Richtungen ein. Er selbst war Mitglied der „Internationalen Schuhmachergewerkschaft“ (Eisenacher Richtung), während die Schuhmacher der Lassalleaner Richtung in dem „Allgemeinen Deutschen Schuhmacherverein“ organisiert waren.

Am 1. Oktober 1872 veröffentlichte Bod im „Volkstaat“ einen Aufruf, in welchem er die Schuhmacher aufrief, auf dem im Jahre 1873 in Aussicht genommenen Allgemeinen Schuhmachertag, „allen eigensüchtigen und Sonderbestrebungen die Spitze abzubrechen und dahin zu wirken, daß alle ein gemeinsames Land umschließen.“

Der Kongreß brachte die ersehnte Einigung leider noch nicht. Bod wurde im Jahre 1873 zum Präsidenten der „Internationalen Schuhmachergewerkschaft“ gewählt. Auch als Präsident dieser Gewerkschaft arbeitete er fortwährend auf eine Vereinigung der beiden Gewerkschaften hin. Im Jahre 1874 wurde der „Allgemeine Deutsche Schuhmacherverein“ auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes durch den Staatsanwalt Lessendorff aufgelöst. Die „Internationale Schuhmachergewerkschaft“ entging der Auflösung nur dadurch, daß durch den Einfluß Bods auf die Gothaer Behörden die Auflösung abgelehnt wurde. Vom 16.—18. Mai 1875 tagte, von Bod einberufen, in Rorbürg ein Schuhmachertag, auf welchem beide Richtungen vertreten waren. Nach einem glänzenden Referat Bods wurde die Vereinigung unter dem Namen „Gewerkschaft der Schuhmacher“ vollzogen und Bod zum Präsidenten gewählt. Diese Gewerkschaft nahm unter Bods Leitung einen glänzenden Aufschwung, schon ein Jahr später mußte dieselbe über 4000 Mitglieder in 83 Filialen. Mit Hilfe des Sozialistengesetzes, welches im Oktober 1878 in Kraft trat, wurde neben den übrigen Gewerkschaften auch die „Schuhmachergewerkschaft“ verboten.

Auch der „Beker“, das von Bod gegründete und geleitete Organ der Schuhmacher, fiel dem Schandgesetz zum Opfer. Unser Freund Bod ließ sich aber nicht entmutigen. Sofort nach diesem Verbot wandte er sich mit einem vertraulichen Zirkular an die Kollegen und forderte sie auf, „lokale Fachvereine“ zu gründen. Und am 20. November 1878, nur wenige Tage nach dem Verbot des „Beker“, erschien ein neues, von Bod herausgegebenes Blättchen, „Der Schuhmacher“. Durch diese Tat hat sich Bod ein gewaltiges Verdienst um die Gewerkschaftsbewegung erworben. Sein Beispiel wirkte. Sein Vorgehen verhalf der Gewerkschaftspresse zu der späteren großen Bedeutung im Gewerkschaftsleben und schuf zugleich die Voraussetzungen für die schließliche Ueberwindung des Sozialistengesetzes. Es verhalf der geschlagenen Gewerkschaftsbewegung zu einem Zusammenhalt der zerstreuten Teile, der immer fester wurde, und aus dem dann nach einigen Jahren wieder Gewerkschaftsorganisationen entstanden.

Im August 1883 fand in Gotha ein Kongreß statt, der zur Gründung einer „Wander- und Arbeitslosenunterstützungsfasse“ führte, als dessen Nachfolger der heutige Zentralverband der Schuhmacher mit seinen rund 100 000 Mitgliedern festgefügt dasteht. Aus Zweckmäßigkeitsgründen lehnte Bod als Vorsitzender ab. Er wurde aber als Vertrauensmann und als Redakteur gewählt. Welches Vertrauen Bod bei den Schuhmachern genoss, beweist die Tatsache, daß er den Redakteurposten bis zum Jahre 1920 bekleidete. Und als er auf dem im Jahre 1920 abgehaltenen Verbandstag der Schuhmacher als Bierunselbigejähriger von seinem Posten, den er 45 Jahre bekleidete, zurücktrat, und ersuchte, dieses verantwortungsvolle Amt auf jüngere Schultern zu legen, und Abschied von seinen Kollegen nahm, ging eine große Bewegung durch die Reihen der Delegierten, die ihm für seine opferreiche Tätigkeit den einmütigen Dank aussprachen.

Ebenso wie auf gewerkschaftlichem, betrieb Bod auch die Einigung der Arbeiter auf politischem Gebiete. An dem Zustandekommen des Gothaer Einigungskongresses hatte Bod wesentlichen Anteil. Der Einigungskongreß wurde von ihm eröffnet und bis zur Verabschiedung geleitet.

Durch das Vertrauen seiner Genossen wurde ihm im Jahre 1877 die Reichstagskandidatur für Gotha übertragen. Welches Vertrauen Bod bei den Arbeitern des Gothaer Ländchens besaß, beweist die Tatsache, daß bei der ersten Wahl die Stimmenzahl von 1436 auf 6154 stieg. Im Jahre 1884 wurde Bod in der Stichwahl mit 10 754 gegen 6039 bürgerliche Stimmen gewählt. Mit Ausnahme von 1887, 1890 und 1907 vertritt Bod Gotha im Reichstag bis auf den heutigen Tag. Auch im Gothaer Landtag war Bod mit großem Erfolg tätig. Mit welcher Liebe die Arbeiter des Gothaer Ländchens an Bod hingen, und mit welcher Achtung auch die politischen Gegner ihm begegneten, weiß jeder, der Gelegenheit hatte, im Gothaer Ländchen tätig zu sein.

Um die Parteipresse hat sich Bod ebenso große Verdienste erworben, wie um die Gewerkschaftspresse. Schon im Jahre 1875 gründete er die „Freie Presse“, die sich leider nicht halten konnte. Aber auch dieser Mißerfolg schredete Bod nicht. Im Jahre 1878 rief er die „Gothaer Zeitung“ ins Leben, die im Jahre 1878 auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurde. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes gründete er das „Gothaer Volksblatt“.

Die Bewilligung der Kriegsgelderechte durch die sozialdemokratische Fraktion bedrückte ihn sehr stark. In der Fraktion selbst war er fortgesetzt bemüht, ihre Beschlüsse zu beeinflussen. Als das nicht gelang und immer offenkundiger wurde, daß der Krieg annexionsistischen Zwecken diene, gehörte er zu jenen neunzehn Mitgliedern der Fraktion, die im Dezember 1916 im Reichstag die Erklärung abgaben, daß sie die Kriegsgelderechte ablehnen. Als daraufhin von der Fraktion beschlossen wurde, daß diese Genossen keine parlamentarischen Rechte mehr ausüben dürfen, wodurch nicht nur die Meinungsfreiheit in Lebensfragen der Partei unterdrückt, sondern auch die Ausübung des von der Gesamtpartei übertragenen Mandats in den wichtigsten politischen Fragen unmöglich wurde, mußte der unermüdlische Kämpfer für die Einheit der Partei mit den übrigen Genossen zur Schaffung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ und schließlich zur Gründung der U. S. P. D. schreiten. Daß ihm dieser Schritt, wie allen anderen, nicht leicht geworden, bedarf bei der ganzen Tätigkeit Bods keines weiteren Beweises.

In seinen alten Tagen sollte ihm ein herber Schmerz nicht erspart bleiben. Die stolze Parteilorganisation, die von ihm unter mühseliger Tätigkeit aufgebaut, wurde auch in Gotha von den Kommunisten zerstückelt. Die Kommunisten, die jeden, der ihre Methoden verurteilt, in Schmutz und Kot ziehen, schredeten auch vor der Verleumdung dieses alten revolutionären Kämpfers nicht zurück. Er wurde aus der geschäftlichen Leitung des von ihm gegründeten „Gothaer Volksblattes“, für welches er so große Opfer gebracht, und das er der Partei als Eigentum übergab, herausge-

Rüffet zur Maidemonstration!

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Am 1. Mai demonstriert die revolutionäre sozialistische Arbeiterkraft aller Länder

- gegen die Gewalttaten des Entente-Imperialismus,
- gegen den kulturfeindlichen Militarismus,
- gegen die Kriegergelingen zu neuen Kriegen,
- gegen die Vergewaltigung und Verflistung des Proletariats durch den internationalen Kapitalismus,

- für Beseitigung der Gewaltfriedensverträge,
- für das Selbstbestimmungsrecht der Völker,
- für den Völkerverfrieden,
- für die Beseitigung aller Ausgebeuteten und Geknechteten durch den Sozialismus.

Die Berliner Arbeiterkraft der U. S. P. D. demonstriert am 1. Mai, vormittags 11 Uhr im Lustgarten.

Genossinnen und Genossen, trefft alle Vorbereitungen, um die Kundgebung zu einer machtvollen Demonstration für den internationalen Kampf zur Durchführung des Sozialismus zu gestalten.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

drängt, sein Bild, welches im Volkshaus hing, wurde entfernt. Um der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wieder ein Organ zu schaffen, mußte der Fünfundsechzigjährige von neuem anfangen und ein neues Blatt gründen, welches seit Dezember 1920 unter dem Titel „Gothaer Volksfreund“ in Gotha erscheint.

Den Berührungspunkten der Kommunisten gegenüber wollen wir einige Stellen aus einem Artikel zitieren, die Franz Mehring zum 70. Geburtstag Wilhelm Bods widmete. Franz Mehring, der später selbst zur kommunistischen Partei ging, schrieb am 28. April 1918 u. a. folgendes:

„Dem mit so reichem Erfolg unermüßlich und uneigennützig für die einheitliche Organisierung wirkenden Mann, dem rastlos für die Interessen seiner Verunsorgten und der Arbeiter in ihrer Gesamtheit hervortretenden Agitator wurden die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen von den Gegnern der Arbeiter zuteil. Ost geriet Bod mit seiner Familie in bittere Not. . . . Das Vertrauen der kleinen Leute und der Arbeiter wog ihm reichlich die Verfolgungen seiner Gegner auf, brachte ihm aber auch Arbeit in Hülle und Fülle.“

Außer wirtschaftlichen Schädigungen zog keine Tätigkeit dem Genossen Bod auch strafrechtliche Verfolgungen zu. Viermal wurde er zu Gefängnisstrafen verurteilt und mußte zusammen 5 1/2 Monate wegen seiner agitatorischen Tätigkeit im Gefängnis verbringen. . . .

Hervorragende Kulturarbeit hat unser rüstiger Sechzigjähriger nahezu 50 Jahre hindurch im Interesse der Arbeiter opferwillig, unermüßlich, unerschrocken und unablässig verrichtet. Sein Wirken möge andere zur Nachahmung anspornen. Unserem Wilhelm Bod aber rufen wir zu seinem Geburtstag ein herzlich Glückwunsch zu und wünschen ihm und den Arbeitern, daß er noch recht lange Zeit hindurch in ungebeugter Kraft erfolgreich als Vorkämpfer der Arbeiter wirken möge!“

Die Anerkennung der Tätigkeit Bods durch Franz Mehring, der wie nicht viele die Geschichte der Partei und die Rolle, die die einzelnen Genossen in derselben spielten, kannte, sowie die Liebe und Verehrung, die ihm alle eifrig überzeugten Sozialisten entgegenbrachten, wegen schwerer als die Berührungspunkten wildgewordener Spießbürger. Unserem alten Kämpfer, der heute in körperlicher und geistiger Frische, von jugendlichem Kampfesmut befeuert, sein 76. Lebensjahr beginnt, rufen wir ein herzlich Glückwunsch zu. Wir hoffen und wünschen, daß er noch viele Jahre in der gleichen Frische, dem gleichen Feuerreifer für die Sache der Arbeiter kämpfen möge. Glückwunsch, Wilhelm Bod!

Lohnherabsetzungen in der englischen Textilindustrie. Da die Kosten für den Lebensunterhalt herabgegangen sind, hat der Industriearbeiter von Bradford beschloffen, in der Textilindustrie eine neue zehnprozentige Lohnherabsetzung vorzunehmen. Es ist die vierte Lohnherabsetzung seit Beginn dieses Jahres.

Die Arbeitslosenunterstützung

Die Winterfäße bewilligt

Wie wir schon gestern mitteilten, hat der Reichsarbeitsminister die Fortzahlung der erhöhten Unterstützungssätze, die für die Wintermonate galten, zugestimmt. Einer erneuten Verhandlung der Vertreter des A. D. G. B. und des Reichsbundes ist es nun auch gelungen, die Zustimmung des Reichsfinanzministers zu erwirken, so daß die Fortzahlung der für den Winter geltenden Sätze über den 30. April hinaus infolge des geschlossenen Vorgehens der Gewerkschaften und Parteien gesichert ist.

Die Mietspreiserhöhung

Irreführende Meldungen der Hausbesitzer

Die Hausbesitzer sind eifrig an der Arbeit, um durch irreführende Mitteilungen die Stimmung der Mieter für eine wesentliche Herabsetzung der Mietszuschläge zu schaffen. Zu diesem Zweck haben sie auch Plakate drucken lassen, die in den Häusern angehängt werden sollen.

Alle Mitteilungen über bereits in Aussicht genommene Mietspreiserhöhungen sind falsch. Insbesondere ist die Behauptung völlig aus der Luft gegriffen, daß ein Mietszuschlag von 60 Prozent beabsichtigt sei. Tatsache an all den zahlreichen Meldungen ist nur, daß die Frage der Erhöhung der Zuschläge zu den Mieten geprüft werden soll, und daß der Magistrat dieserhalb der Stadtverordnetenversammlung den Vorschlag zur Bildung des gutachtlich zu hörenden Ausschusses, bestehend aus fünf Hausbesitzern und fünf Mietern, unterbreitet hat. Dieser Ausschuß, von dessen Entscheidung die Höchstmieten zum allergrößten Teil abhängen wird, ist aber noch nicht einmal gewählt, geschweige denn, daß er bereits eine Entscheidung hätte treffen können. Wir hoffen auch, daß dieser Ausschuß keine Entscheidung nach gründlicher sachlicher Prüfung fällen wird und nicht nach den Wünschen der Hausbesitzer.

Ferner ist die Mitteilung falsch, daß das Wohlfahrtsministerium mit dieser erheblichen Herabsetzung der Mieten einverstanden sei. Die P. P. R. verbreiten folgendes offiziöse Demotiv:

„Von einem Berliner Mittagsblatt wird die Nachricht verbreitet, daß in Groß-Berlin mit einem demnächstigen Mietszuschlag von 50—60 v. H. zu rechnen sei und daß das Wohlfahrtsministerium dieser Erhöhung bereits zugestimmt habe. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist eine Stellungnahme des Wohlfahrtsministeriums zu dieser Frage noch nicht erfolgt. Auch liegen bisher entsprechende Anträge des Magistrats noch nicht vor. Die weitere Mitteilung, daß in kleineren Gemeinden bereits Mietszuschläge von 60 Proz. und mehr eingeführt worden sind, ist irrig. Die bisherigen Zuschläge bewegen sich im allgemeinen zwischen 30 und 40 v. H., und hierzu treten die besonderen Zuschläge für Instandsetzungsarbeiten.“

Im übrigen hat auch das Wohlfahrtsministerium gar nicht die Entscheidung über die Festsetzung der Höchstmieten. Diese Entscheidung liegt bei dem Magistrat, und ein Einspruch des Wohlfahrtsministers ist nur möglich, wenn der Zuschlag zu hoch, nicht aber, wenn er zu niedrig festgesetzt wird.

Steuererklärung bis zum 15. Mai

Im Steueraussschuß geht die von den Agrariern projizierte Debatte über die Veranlagung der Landwirte weiter. Die Deutschnationalen fordern Festsetzung von Normalhöfen. Abg. Keil (Soz.) und Kappel (U. S.) wenden sich gegen den Antrag, der eine Änderung des Gesetzes bedeute und die Agrarier belasten werde. Ferner beschloß die Kommission mit einem Antrag Becker-Hessen (D. B.), den Termin für die Veranlagung bis zum 15. Mai hinauszuschieben. Nachdem Abgeordneter Hartleb (Soz.) sich dagegen gewendet hat, erklärte Finanzminister Dr. Wirth im Hinblick auf mancherorts existierende Schwierigkeiten eine Verlängerung des Termins für die Einkommensteuererklärung um 14 Tage, also bis zum 15. Mai, sobald anordnen zu wollen. Auf eine weitere Fristverlängerung soll aber dann niemand mehr Anspruch erheben können.

In der weiteren Debatte über den Antrag der Deutschnationalen erhebt Abgeordneter Dr. Herz (U. S.) gegen die Steuerabgabe der Reichsparteien einschiedenen Einspruch und beschwert sich über die höchst einseitige Zusammenfassung der Steueraussschüsse bei den Berliner Finanzämtern, die alles Zuträgen zu ihren Entscheidungen untergraben müsse. Die Debatte geht fort.

Kommunistische Pleite in Oesterreich

Landtagswahlen in Niederösterreich-Land

Bei den Landtagswahlen in Niederösterreich-Land haben die Kommunisten eine vollkommene Pleite erlebt. Sie sind mit außerordentlichen Hoffnungen in den Wahlkampf gezogen und kehren bitter enttäuscht daraus zurück. In den vier Wahlkreisen haben sie gegenüber den Nationalratswahlen im Oktober vorigen Jahres ganze 200 Stimmen gewonnen. Im Kreise Krems hat sich kein Finger für die Kommunisten erhoben, während die Sozialdemokraten dort 23 555 Stimmen aufgebracht haben, gegen 19 440 Stimmen bei den Nationalratswahlen. Im Kreise Korneuburg brachten die Zahlen: für die Kommunisten 387 gegen 653, für die Sozialdemokraten 37 143 gegen 20 533. Im Wahlkreis Wiener Neustadt haben die Kommunisten 3813 Stimmen erhalten, die Sozialdemokraten 130 608, während die Zahlen bei der Nationalratswahl 3185 und 122 131 betragen haben. Im Wahlkreis St. Pölten lauten die Zahlen: Kommunisten 1444 (Nationalratswahl 1727), Sozialdemokraten 50 802 (45 975). Insgesamt haben die Kommunisten 5700 Stimmen aufgebracht, die Sozialdemokraten 240 277 Stimmen.

Der englische Bergarbeiterstreik

EM. London, 27. April.

Heute nachmittag wird Arbeitsminister Horne mit den Arbeitern die Möglichkeit einer nationalen Lohnreduktion mit gewissen Ausnahmestimmungen für einige wenige Bezirke besprechen. Die Regierung schlug vor, daß die im Mai vorzunehmenden Lohnherabsetzungen nicht mehr als 3,6 Schilling betragen dürften.

Zwischen macht sich der Kohlenmangel immer mehr bemerkbar. Am Freitag voriger Woche konnte der V-Dampfer „Karl-Ludwig“ London nicht verlassen, weil er nicht genügend Kohlen hatte. Die Strahlendampfer London wird auf das „Kriegsmah“ eingeschränkt. Am nächsten Montag werden neue Einschränkungen im Eisenbahnverkehr vorgenommen, der bereits nur ein Drittel des normalen Verkehrs beträgt.

Frisches Fleisch

- Suppenfleisch Pfund 8⁵⁰
- Rinderbrust Pfund 9⁵⁰
- Schmorfleisch m. Knoch. Pfd. 12⁰⁰
- Gehacktes Pfund 11⁰⁰
- Kalb Vorderfleisch Pfund 9⁵⁰
- Schmalz garantiert rein . Pfund 9⁷⁵
- Tilsiter Käse Pfund 6²⁰
- Land-Käse Pfund 7⁴⁰
- Gouda-Käse Pfund 10⁵⁰

Lebensmittel

- Weisse Bohnen Pfd. 75^{pt}
- Riesen-Erbisen Pfund 1⁸⁵
- Grüne Erbsen Pfund 1⁷⁵
- Vollreis Pfund 2³⁰
- Maismehl entölt und entölt Pfund 2⁴⁰
- Maisgries entölt Pfund 2⁴⁰
- Kartoffelmehl Pfund 2⁸⁵

- Corned-Beef Dose 5²⁵
- Margarine Pfund 7⁸⁵
- Speck geräuchert Pfund 9⁸⁰
- Marmelade (Vierfrucht) 50% Zucker .. Pfund 3⁷⁵
- Kaninchen gefroren ohne Kopf und Beine Pfund 4⁰⁰

- Haferflocken Pfund 2⁸⁰
- Pflaumen Pfund 4²⁵
- Nudeln Pfund 5⁹⁰
- Kunsthonig .. Pfund 4²⁵
- Kond. Milch (Magermilch) mit Zucker .. Dose 5⁹⁰
- Kaffee frisch gebrannt .. Pfund 17⁰⁰
- Salzheringe groß Stück 30^{pt}

Wurst

- Rotwurst Pfund 11⁰⁰
- Leberwurst nach Hall. Art Pfund 11⁰⁰
- Landleberwurst .. Pfund 13⁰⁰
- Fleischwurst Pfund 14⁰⁰
- Jagdwurst Pfund 18⁰⁰
- Teewurst Pfund 23⁰⁰
- Kabeljau frisch, ohne Kopf, im ganzen ... Pfund 2³⁰
- Rhabarber Pfund 30^{pt}
- Frischer Spinat ... Pfund 55^{pt}

Leberwurst 2-Pfund-Dose .. 3⁰⁰ | Alpenmilch (Schweizer) Kondens. Vollmilch unges. Dose 6⁵⁰
 Blutwurst 2-Pfund-Dose .. 4²⁵ | Schweinefleisch leicht gesalzen Pfund 7⁰⁰

- Sahnen-Bonbons 1/4 Pfund 3⁹⁰
- Schokolade garantiert rein, 100-Gr.-Tafel 4⁰⁰
- Blumen-Seife Stück 1⁹⁵
- Stahl-Späne Paket 2⁸⁵
- Terpentin-Seifenpulver (Salmiak) .. Pfund. 3⁹⁵
- Bohnerwachs Pfund-Dose 9⁷⁵

JANDORF

Belle-Alliance-Str. Große Frankfurter Str. Brunnenstr. Kolthuser Damm Wilmersdorfer Str.



Korbessel 98⁵⁰
stark wuchtig, geschwungen



Korbessel 59⁰⁰
in so viel guter Ausführung

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr: Antigone
Neues Volkstheater
Königsplatz 48
7 Uhr: Hofe Bernd
Staatstheater
Opernhaus
8 1/2 Uhr: Carmen
Schauspielhaus
7 Uhr: Zoff
Direktion: Max Reinhardt

Deutsches Theater
8 Uhr: Woyzeck
Kammeroper
7 1/2 u. 9 1/2 Uhr: Frühling Erwachen
Großes Schauspielhaus
Südstr. 12
7 1/2 u. 9 1/2 Uhr: Der Kaufmann von Venedig
(Maler Abdoumouk)

Königsgräber Str.:
Täglich 7 30 Uhr: Das Volkstheater
Kugby
Komödienhaus:
Madenbl. 7 1/2 Uhr:
Die Sache mit Lola
mit Max Pallenberg
Berliner Theater:
Madenbl. 7 30 Uhr:
Milliarden
SOUPER
Gilde Theater, auch Erntedankfest, Uhl. Platz, Beck. Rieder, Paul Kellner

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Rosen
von Hermann Sudermann
(Dietz Wundt, Carola Loebe, Adèle Gode, Falkenberg, Bezzina, Schrott, Bendow)

Komische Oper
Madenbl. 7 1/2 Uhr:
Enderdjen

Leffing-Theater
Direkt. Victor Barnowsky
7 1/2 u. 9 1/2 Uhr: Ein Idealer Gatte
Freitag 7 Uhr: Peer Gynt
Donnerst. 7 1/2 Uhr: Gipsenker
Vollen, Reigert, Ubel, Gög, Woes
Sonntag 7 1/2 u. 9 1/2 Uhr: Ein Idealer Gatte
Montag 7 1/2 u. 9 1/2 Uhr: Gipsenker

Deutsch. Kunst-Theater
Madenbl. 7 1/2 Uhr:
Die seltsame Erzählung
(Hilbert Jandermann, Wälder)

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Privileg
(Paul Wegener, Lucie Hoffmann, Jitsa Weidling, Ed. Engelmann)

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Nur ein Traum
Kaufplatz von Luther Schmidt.
(O. G. Lindberg, Eugen Berg)

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen

Folies Caprice
am Oranienburger Tor
am Bahnhofsplatz
mit Herb. G. Th. Scherer

Theater am Rollendorfsplatz
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dinslaken
Walhalla-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Fledermans

Kofe-Theater
7 1/2 Uhr:
Im Café Roblesse

7 1/2 Apollitheater
Friedrichsrad 21
Gastspiel des Wiener
Bouvar-Theaters mit
Erich Kaiser - Titz
sowie
2 weitere Sensationen

Casino-Theater
Volkrich & Sohn
Sig. 3 1/2 Uhr: Höhenqualen
Theater a. Kolth. Yo
Tel. Moritzplatz 150-77
Tägl. 7 1/2 u. 9 1/2 Uhr. Preis-
sonntag nachm. 5 Uhr:
Ellis-Sänger
April-Jubiläum-
programm
Vorverk. 11-12 u. 4-6 Uhr

METROPOL
Königsplatz 24
Tägl. 7 1/2 Uhr:
12 Schläger

Residenz-Kasino
Damenstr. 10
Täglich:
BALL

Königsplatz-Theater
Alexandersstr. 21 Hof. Janowitz.
Täglich 7 30 Uhr:
Gloria-Sänger

Königsplatz-Kasino
Dolgenstr. 72
Täglich:
Großer Ball!
für die ältere Jugend

Achtung! Arbeiterräte!
Einsige hundert Rm.
trocknes Knäppel-
und Astholz zu
M. 48,- p. Rm.
ab Lagerplatz bietet
an:
Roblenhauer Wedding
G. m. b. H.
N. 39, Fennstr. 22-26
Tel. No. 11 205

Sommer-Theater Schweizergarten
Am Friedrichshain 29-32
Sonntag, den 1. Mai, Eröffnung des herrlichen Sommergartens
Große Maifeier
verbunden mit Konzert u. Spezialitäten, dazu das Lebensbild
„Arbeit schändet nicht“
Entrée auf allen Plätzen 1.50 Mark
Eröffnung 2 Uhr
Eröffnung der Soufflösen Sonntag, 15. Mai (Pflanzfest) mit
der großen Kostümsoperette „Die Fahrt ins Glückland“
Am 1. u. 2. Pfingstfest: Großes Frühlingsfest und Vorstellung
im neubauten 500 Quadratmeter großem Saal. Teil-Nach

Alle Metalle Preiserhöhung!
Zinn! Zinn! Zinn!
Dringend für Spezialgebrauch
Kupfer! Kupfer! Kupfer!
Nickel! Nickel! Nickel!
Zink! Zink! Zink!
Stahl! Stahl! Stahl!
Eisen! Eisen! Eisen!
Bismut! Bismut! Bismut!
Zinn! Zinn! Zinn!
Dringend für Spezialgebrauch
Kupfer! Kupfer! Kupfer!
Nickel! Nickel! Nickel!
Zink! Zink! Zink!
Stahl! Stahl! Stahl!
Eisen! Eisen! Eisen!
Bismut! Bismut! Bismut!

Wir empfehlen:
G. E. G.
Makkaroni
(Pfeifen)
Pfund 8,- Mark
Eine vorzügliche Ware, die aus feinstem
amerikanischen Hartweizengrieß hergestellt ist.
Vorrätig in allen Verkaufsstellen der:
Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Lichtenberg
4. Viertel, 18. Wdg.
Am 25. April verstarb
nach schwerem Leiden unser
langjähriges Mitglied
Fritz Sydow
Wilmersd. 48, im Alter
von 63 Jahren. Die Be-
erdigung findet am 30.
April, nachmittags 2 1/2
Uhr, von der Leichenhalle
des Kammelsburger Fried-
hofes, Wilmersd., statt.
Es sei unsern Angehörigen
ein rege Teilnehmung er-
beten.
Die Distriktsleitung.

Händler
Seife, Lichte, Schuh-
crem, Streichhölzer
jetzt konkurrenzlos billig!
Starke Qualitätsware
Diels,
St. Frankfurter Str. 13

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder
erstorben sind:
Der Schlosser
Franz Sauerbaum
Invalidenstr. 118, am 23. d. M.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. April,
nachm. 4 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Der Dreher
August Wieseler
Sehr. 62, am 23. d. M.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. April,
nachm. 1 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Es sei unsern Angehörigen
ein rege Teilnehmung erbeten.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Ortsverwaltung Berlin.
Freitag, den 29. April 1921, abends 6 Uhr, im „Großen
Saal“ des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 15
Ordentliche Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Quartals-Bericht.
2. Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes.
3. Verbandsoangelegenheiten.
4. Beratung des neuen Ortsstatuts.
Etwas nur gegen Vorlegung der Delegiertenliste und bei
Mitgliedsanwesenheit.
Die Ortsverwaltung.

Zum 1. Mai
Wir demonstrieren!
5 Sieder für Massengesang
50 Pfennig
Organisationen u. Händlern hoher Rabatt
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin G2, Breite Straße 8-9

Massary 30.8
auch
lasse
rund dick!
KON LINON
CLASSY

Groß-Berlin

Die schwarze und die weiße Schmach

Da in Deutschland für alle Dinge Vereine gegründet werden müssen, hat man auch zur Bekämpfung der sogenannten „Schwarzen Schmach“ eine Vereinigung gebildet, deren erstes Produkt ein „aufklärender Film“ ist.

Die Leute haben zweifellos richtig spekuliert. Zu keiner Art der Agitation braucht man so wenig tatsächliche Unterlagen, als zu einem Film; bei entsprechendem Spenenaufbau, handgreiflicher Dramatik und aufreizenden Zwischenstücken läßt sich an nationaler Verheerung schon alles mögliche erreichen.

Trotzdem ist der Film aber auch sehr gut. Er zeigt nämlich jedem, der sie aus eigener Erfahrung nicht kennt, die hauptsächlichsten Folgeerscheinungen des Militarismus, einerlei ob französischer oder deutscher Couleur.

Gerade weil die Arbeiterklasse den Militarismus jeden Landes, nicht nur den kolonialen Militarismus Frankreichs, aus das entscheidende bekämpft, muß sie feststellen, daß derartige Ausschreitungen nicht nur von den kulturell tiefstehenden Regnern, sondern noch viel raffinierter und perverster nicht zuletzt von den deutschen Offizieren begangen worden sind.

Die allerwichtigste Spekulation dieses Films ist aber die Ausdehnung dieser „nationalen Einheitsfront“ und Moralheuchelei auf die Arbeiterklasse. In dem Film tritt ein Arbeiter auf, der erklärt, einen Appell an das ganze Proletariat richten zu wollen zur Bekämpfung der schwarzen Schmach.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Nach dem Manuskript übertragen von Hermann J. ... Copyright by Der Welt-Verlag Berlin-Weidenfeld 1921

(H. J. ...)

„Sie glauben vielleicht, hier sei eine Gelegenheit, über uns hinwegzusingeln, an die Spitze zu gelangen, aber vergessen Sie nicht, Peter Gudge, wir besitzen eine Maschine, und auf die Dauer regiert immer die Maschine.“

Peter schwor abermals Treue, benützte gleich die Gelegenheit und fügte hinzu: „Finden Sie nicht, daß Herr Guffey etwas für mich tun sollte, weil ich die Verschwörung entdeckt habe?“

„Ja, das wäre bloß gerecht.“

Und dann begannen Sie zu handeln. Peter wies auf die Gefahren hin, denen er sich ausgesetzt habe, und die Ehren, die andere eingeheimst hätten. Guffey habe zwar in den Zeitungen keinen Ruhm errungen, doch habe er sich bei seinen Arbeitgebern beliebt gemacht.

Mc Givney behandelte Peter meist als einen Feindling, einen schwächlichen Bluffer, doch hatte er bereits erkannt, es gebe Zeiten, da der kleine Mann gleichsam seine Natur ändere; dies war meist der Fall, wenn es sich um Geld handelte.

Peter war wieder ein Bulldogg, hatte sich in die Nase des anderen Bulldoggs verbissen. Er hatte schon häufig gesehen, wie der rattengeschichtige Mann Geld aus der Tasche zog und wußte genau, auch diesmal sei Mc Givney nicht unvorbeichtet.

Wir hoffen, daß der Film der Aufklärung dienen wird; wenn auch nicht in dem Sinne, wie es die Veranstalter wünschen. Immerhin werden sich diese Kinobesucher, die den Krieg in dem glorreichen deutschen Heere mitgemacht haben, an Vorfälle erinnern, wo die Handlungsweise der Besatzungstruppen, besonders aber der Offiziere der Ortskommandanturen gegenüber der Bevölkerung mit der jetzigen Handlungsweise der Franzosen recht verzwiefelte Ähnlichkeit hatte.

In Deutschland selbst besteht die einzige Hoffnung auf Beseitigung des Militarismus und seiner unmenslichen Folgen in einem starken Proletariat, das die Ursachen erkannt hat und alles daran setzen wird, sie zu beseitigen!

Neue Anstalten der Ortskrankenkasse

Die bekannten Kerenheilanstalten der Herren Geheimrat Franke und Olivo in Berlin-Lankwitz, sind am 1. März d. J. zunächst teilweise an den Verband der Krankenkassen im Bezirk des Oberverwaltungsamtes Groß-Berlin übergegangen.

1. Innere Station: Leiter Professor Dr. Jüller (160 Betten). 2. Chirurgische Station, die zur Hälfte vom Chefarzt der Anstalten, Dr. Silberstein, zur anderen Hälfte vom Oberarzt Dr. Wendtner versorgt wird (160 Betten).

Die Krankenpflege sowie der Wirtschaftsbetrieb ist dem St. Hildegard-Haus (Schwestern vom Roten Kreuz des Hauptortes des Vaterländischen Frauenvereins) übertragen, und sind gegenwärtig 55 Schwestern, einschließlich Schülerinnen tätig, da dem Krankenhaus auch eine Krankenpflege-Veranstaltung angegliedert ist.

Die an den Verband angeschlossenen Krankenkassen hegen die Hoffnung, daß durch die getroffene Neueinrichtung, der in Berlin herrschende Bettenmangel wesentlich verringert und die Kranken besser und zweckentsprechender untergebracht werden, wie dies in einer Reihe der Berliner Privatkliniken bisher der Fall war.

Zur Vinderung der Wohnungsnot

trägt folgender interessanter Fall bei, den uns ein Leser unserer Zeitung mitteilt.

Eigenartige Praktiken müssen demnach bei der 10. Wohnungsinspektion herrschen, läßt es doch diese zu, daß in dem Hause Gräfestraße 18, 2 Treppen, eine Sechszimmerwohnung seit geraumer Zeit leer steht, wiewohl ein Vertrag zwischen Vermieter und neuem Mieter schon geschlossen ist, besteht dennoch nicht die Möglichkeit, die Wohnung zu beziehen.

In welcher Weise die 10. Wohnungsinspektion verfährt, ist unverständlich und geschieht in keiner Weise begründet. Die in der Gräfestraße 18 II gelegene Wohnung wurde am 25. Februar d. J. dem jetzigen Mieter von der 10. Wohnungsinspektion in der Hollmannstraße überwiesen.

hergekommen. Er beharrte daher auf seiner Forderung: tausend Dollars, oder nichts. Und wie das erste Mal trampfte sich ihm das Herz zusammen, da Mc. Givney das Geld hervorjog, und Peter sah, er habe weit mehr mitgebracht.

Doch tröstete sich Peter mit dem Gedanken, daß tausend Dollars eine ganz hübsche Summe seien, und strebte frühlichen Mutes Kesse Adermans Haus zu. Er beschloß, Kell nichts von diesem Extratouren mitzuteilen; wenn die Frauen entdecken, daß man Geld hat, so ruhen und rasten sie nicht, ehe sie jeden Cent davon erhalten, oder einen zumindest veranlaßt haben, das Ganze auszugeben.

51.

Kesse Adermans Haus befand sich außerhalb der Stadt auf einem waldigen Hügel. Die nächste Tramhaltestelle war etliche Meilen entfernt, und Peter mußte lange durch die Sonnenhitze wandern. Anscheinend war dem großen Bankier, da er das Haus erbauen ließ, niemals eingefallen, jemand, der kein Automobil besitzt, könne ihn aufsuchen wollen.

Der Park wurde von einem gewaltigen Bronzezaun umfriedet, der zehn Fuß hoch war und in ungestaltlich aussehende Spigen endete. Peter hatte in der „Times“ häufig von diesem Bronzezaun gelesen — wie viele Parks lang er sei, wie viel Spigen er habe, wieviel tausend Dollar er gekostet habe. Große Bronzetore schlossen das Besitztum ab, eine Tafel verkündete: „Vor dem Hunde wird gewarnt!“

Er drückte auf einen Knopf am Tor, ein Mann erschien, und Peter gab, den erhaltenen Befehlen gehorchend, seinen Namen an: „Arthur G. Giltcuddy“. Der Torhüter begab sich in seine Loge, telephonierte, kam dann zurück, öffnete das Tor, und ließ Peter ein. „Sie müssen durchsucht werden“, sagte der Torhüter, und Peter, der schon so oft verdastet worden war, fühlte sich keineswegs beleidigt, sagte auch dies als Beweis der ungeheuren Wichtigkeit Kesse Adermans auf.

nungsinspektion genehmigt wurde. Als der Mieter nun am 1. März die Schlüssel zu seiner Wohnung verlangte, wurden ihm diese vom Hauswirt verweigert. Trotz aller Beschwerden beim Wohnungsamt der Stadt Berlin, wie auch beim Wohlfahrtsminister Stegerwald, steht die Wohnung heute noch leer. Der frühere Mieter, welcher in der Großbeeren-Straße noch eine Wohnung inne hat, benutzte die Wohnung nicht, sondern hält sie reserviert für eine Verwandte, zum Schein läßt er jetzt in die völlig leerstehende Wohnung einige Möbel aufstellen.

Es gewinnt den Anschein, als ob in den Wohnungsämtern Personen seien, die völlig den Zweck ihres Daseins verkannt haben. Dringend nötig ist es doch, daß sich die Betreffenden einmal recht eingehend mit den Bestimmungen über die Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnungsmangels vertraut machen. Im vorliegenden Falle sind die Angaben des erwähnten Bureauchefs von der 10. Wohnungsinspektion sogar dem Mietseinsichtungsamt aufgefallen.

Anhaltende schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt

Amlich wird mitgeteilt: Während in anderen Jahren der Monat März eine erhebliche Verringerung der Erwerbslosenzahl gebracht hat — im Jahre 1920 um mehr als 40 000 — ist diesmal eine nennenswerte Abnahme leider nicht zu verzeichnen. Die Zahl der Haupt-Unterstützungsempfänger beträgt im Reich — gegenüber 428 000 im Vormonat — 417 000, darunter 337 000 männliche und mehr als 80 000 weibliche.

Frühlingsfeier am Wupahsee

Die reaktionäre Arbeiterkraft nimmt regen Anteil an allem, was zur Stärkung des Klassenbewußtseins beiträgt. Sie legt großen Wert darauf, wie das Proletariat in den fernen Feiertagen, die ihm die kapitalistische Wirtschaftsordnung läßt, seine „Feiertage“ verleiht! Eine köstlich einbringliche Sprache reden: Bürgerliches Theater, Kino, Tanzboden, Klimbimereine (Spat, Lotterie, Geselligkeit, Sportvereine usw.) und schließlich: bürgerliche oder gar „neutrale“ Sports, Wander- und ähnliche Vereine.

Das Bedürfnis der klassenbewußten Arbeiterschaft, seine Freizeiten in gleichgesinnten Kreisen zu verbringen, führte zur Gründung von Arbeiter-Vereinigungen. Arbeiter-Sportvereine haben nun denn für den wirtschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiterschaft ihren Wert, wenn durch sie ein Teil mehr Erkenntnis ihrer Lage, ihrer Kraft, ihrer Gemeinschaftlichkeit gebracht wird.

Hätte Peter nicht gewußt, dies sei ein Privathaus, er würde es für eine Kunstgalerie gehalten haben. Ungeheure Marmorsäulen ragten auf, Bilder, höher als Peter, hingen an den Wänden, Gobelins, auf denen sich lebensgroße Pferde tummelten. Es gab gepanzerte Ritter, Streikräfte, tanzende japanische Teufel und andere seltsame Dinge. Sonst hätte es Peter interessiert, zu sehen, wie ein großer Millionär sein Heim schmückt, er hätte die Sonne, sich inmitten solchen Luxus zu befinden, gützig geschmilt. Jetzt jedoch nahm das gefährliche Vorhaben alle seine Gedanken in Anspruch. Kell hatte ihm eingeschärft, worauf er achten müsse, und dies tat er. Da er die mit Sammetteppichen belegte Treppe emporstieg, sah er einen Vorhang, hinter dem sich ein Mensch verstecken konnte, und gerade gegenüber das Bild eines spanischen Kavalliers.

Sie durchschritten eine Halle, an deren Ende der Diener gegen eine Tür pochte. Dann betrat Peter einen großen halbdunklen Raum. Der Diener zog sich lautlos zurück, und Peter verharrete verwirrt, suchte erschrocken, sich zurechtzufinden. Auf der entgegengesetzten Seite des Raumes wurde Husten laut, der an einen Kranken gemahnte. Peter erblinnete ein dunkles Holzbett, über das sich ein Himmel wölbte und das von Draperien umhüllt war. Im Bett befand sich ein Mann, von ungestaltlichen Rippen gestützt. Er hustete abermals, sagte dann schwach: „Hier her.“ Peter durchquerte das Zimmer, blieb etwa zehn Fuß entfernt vom Bett stehen, hielt den Hut in der Hand. Er konnte nicht viel von dem Injassen des Bettes sehen, hielt es auch für respektlos, ihn allzu sehr anzustarren.

„Sie sind also — (ein Husten) — Wie heißen Sie?“

„Gudge.“

„Sie sind also der Mann (ein Husten), der alles über die Roten weiß?“

„Ja, Herr.“

Der Mann im Bett hustete nach jedem zweiten Wort, und Peter bemerkte, daß er dabei jedesmal die Hand vor den Mund hielt, als schäme er sich, einen solchen Vornamen zu machen. Unwählich gewöhnten sich Peters Augen an das Dämmerlicht, und er vermochte zu unterscheiden, daß Kesse Aderman ein alter Mann war, mit aufgebunnenen Wangen und dunklen Schatten unter den Augen. Er war ganz kahl, trug ein gestricheltes schwarzes Seidenkappchen und über dem Nacken eine kurze gestriete Jacke. Neben dem Bett befand sich ein Tisch, auf dem ungestaltliche Gläser und Flaschen, sowie ein Telefon standen. Alle paar Minuten klingelte das Telefon, und Aderman unterbrach das Gespräch mit Peter, regelte irgendeine derwickelte Geschäftsangelegenheit. „Ich habe bereits meine Bedingungen festgesetzt“, sagte er gereizt und hustete. (Fortsetzung folgt.)

„Naturfreunde“ hatte am letzten Sonntag zu einer Frühlingsfeier am Kupahsee eingeladen. Hunderte fanden sich beim herrlichsten Frühlingswetter an dem kleinen märklichen See, kaum eine halbe Stunde von Erkner entfernt, zusammen. War es eine Feiertagsfeier? Ein Fest? Frühling ringsum in der Natur. Frühlingsschneise die Jugend! Frühlingsschneise. Frühlingsschneise in jedem Herzen, einem schöneren Frühling entgegen, der ein Ende macht mit dem Winter der kapitalistischen Gesellschaft. Kann in einer Ansprache anderes gesagt werden, als alle Zuhörer fühlen? Unter proletarisches Empfinden, geweckt und geschärft durch den unerlöschlichen Werktagstempel, erlebt gemeinschaftlich eine Freude! Unter Gemeinschaftswille läßt uns begeistern das Frühlingslied der revolutionären Arbeiterklasse: „Büder, zur Sonne, zur Freiheit! Brüder, zum Licht empor!“ Gesang, Musik, Volkstänze, allerlei kindliche Spiele der Kleinsten, ein buntes Treiben.

Wirdig als Abschluß: gemeinsamer Abmarsch nach Erkner, wo mancher Spieler wohl seine Ohren spitzte beim Klang der „Internationalen“.

Roheitsakt eines Polizeibeamten

Bei einer äußerst rigoros durchgeführten Zwangsräumung des Schöneberger Wohnungsamts in einer kleinen Wohnung in der Neuen Winterfeldstr. 17, wo eine Wöchnerin mit ihrem Kinde und einer kranken Amme wohnte, kam es zwischen dem sehr eckig vorgehenden Beamten vom Wohnungsamt und dem früheren Hausverwalter, dem bekannten ehemaligen Radportmann Otto Lüders, zu einem erregten Wortwechsel. Wie auf Verabredung stürzte plötzlich der mitanwesende Unterwachmeister Jierz Vogel von der 3. Hundertschaft der Polizeiabtteilung Schöneberg auf L. los, umklammerte ihn wie einen Ringelblume und versuchte, ihn nach der auszuräumenden Wohnung fortzubringen. Obwohl noch einige andere Beamte vom Wohnungsamt nun auf L. einschlugen, hatte sich dieser in wenigen Sekunden von seinen Angreifern befreit, um seiner Wege zu gehen, zumal er nicht die Absicht hatte, das Ausräumen der Wohnung zu hindern. In diesem Augenblick zog Jierz Vogel sein Seitengewehr, stürzte hinter Lüders her und schlug den ahnungslos fortgehenden Menschen hinterwärts auf den Kopf, so daß er eine schwere Verletzung am Hinterkopf davontrug und blutüberströmt seine im selben Hause gelegene Wohnung aufsuchen mußte, wo er nordöstlich verborgen wurde. Als er sich zum Arzt begeben wollte, wurde er beim Verlassen des Hauses von drei Polizeibeamten verhaftet und nach der Polizeiwache in der Vorbergstraße geführt, obwohl L. sich als Bewohner des Hauses legitimieren konnte und auch keinerlei Anlaß zur Flucht vorlag. Dieser widerrechtliche und dabei so erbärmlich feige Waffengebrauch und die daran anschließende geschwindige Verhaftung und Freiheitsberaubung zeigt offenkundig, wie sehr viel ungeeignete Elemente sich in die Polizeimannschaften eingeschlichen haben. Statt für das Publikum ein Schutz zu sein, bedrohen diese überreizten, unerfahrenen und oft von reaktionären Führern verhetzten Beamten Leben und Gesundheit der Mitbürger und provozieren durch ihre geschwindigen Maßnahmen Unruhen und Ausschreitungen. Derartige Jierz Vögel sollten unverzüglich aus dem Polizeidienst entlassen werden; sie sind keine Herde für unser Polizeiwesen.

Arbeiter-Bildungsschule U S P

Der Kursus des Genossen Dr. Löwenstein über Schulfragen kann nicht am Sonnabend, den 30., stattfinden. Der Kursus wird bestimmt fortgesetzt am Sonntag, den 8. Mai.

Am Montag, den 2. Mai, abends 7 Uhr, findet in der Aula des Königsstädtischen Realgymnasiums in der Inselstraße eine Vollerversammlung sämtlicher U. S. P.-Eldernbeiräte statt. Vortrag des Genossen Dr. Löwenstein über: „Die gegenwärtigen Schulfragen für die Eldernbeiräte“. Alle Eldernbeiräte müssen erscheinen, auch die U. S. P.-Beiräte sind hiermit vom Zentralausschuß der Eldernbeiräte eingeladen.

Am Freitag, den 6. Mai, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breitestr. 8-9, Vollerversammlung der Bildungskommissionen. Tagesordnung: Berichte, Vortrag des Genossen Seidel über Parteibildungsarbeit, Prof. Reiser über künstlerische Bildungsarbeit. Die Mitglieder aller Distriktsbildungskommissionen müssen erscheinen.

Nachfolgende Bezirksämter haben die Verwaltungsgeschäfte am Tage nach der Einführung ihrer Mitglieder übernommen: Bezirksamt 7, Charlottenburg, seit dem 23. März; Bezirksamt 9, Wilmersdorf, seit dem 1. April; Bezirksamt 10, Zehlendorf, seit dem 29. März; Bezirksamt 11, Schöneberg, seit dem 21. März; Bezirksamt 12, Steglitz, seit dem 1. April; Bezirksamt 13, Tempelhof, seit dem 18. März; Bezirksamt 14, Neudamm, seit dem 4. April; Bezirksamt 15, Treptow, seit dem 6. April; Bezirksamt 16, Cöpenick, seit dem 9. April; Bezirksamt 17, Lichterberg, seit dem 30. März; Bezirksamt 18, Weihenlee, seit dem 1. April; Bezirksamt 19, Fankow, seit dem 18. März; Bezirksamt 20, Reinickendorf, seit dem 6. April. Alle Mitteilungen und Erlasse sind daher, sowie sie sich auf Angelegenheiten der früheren Vorortsgemeinden in den Bezirken 7 und 9-20 beziehen, nur noch an das zuständige Bezirksamt zu richten. Lediglich die zum Verwaltungsbezirk 8 (Spandau) gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke führen ihre Geschäfte im Rahmen der hierfür erlassenen Vorschriften fort. Den Tag der Übernahme der Verwaltungsgeschäfte durch das Bezirksamt 8 wird noch besonders festgelegt. Die Alt-Berliner Bezirke 1-6 können ihre Tätigkeit erst nach und nach aufnehmen. Die Übergabe der Verwaltungsgeschäfte kann — abgesehen von den Verwaltungen, in denen bereits eine dezentralisierte Amtsführung vorhanden ist — erst dann geschehen, wenn die Zuständigkeit der Zentralverwaltung und der Bezirksämter nach Änderung der Bezirksbürgermeister gemäß § 25 des Gesetzes vom 27. April 1920 abgegrenzt sein wird.

Holz gegen Kartoffelschalen. Am 1. März d. Ja. ist auch in Spandau die Sammlung von Kartoffelschalen planmäßig organisiert worden. Im März konnten bereits 600 Zentner Schalen einem Teil der Spandauer Molkereibetriebe zugeführt werden, die hierdurch in der Lage waren, eine bessere Milchlieferung zu gewährleisten. Da Kartoffelschalen eins der besten Kraftfutter sind, ist es wünschenswert, daß weiteste Kreise der Bevölkerung von dieser gemeinnützigen Einsichtung Gebrauch machen, damit sämtliche Molkereibetriebe beliefert werden können, während dies bisher nur bei einem Drittel der Fall war. Die Hausfrau erhält für einen Eimer Schalen ein Bündel kleingepaltenes Holz. Außer den im März errichteten Sammelstellen Schönwalder Str. 43/44, Jagowstr. 22 und Breite Str. 89 sind jetzt für die Bewohner der anderen Bezirke noch zwei weitere Stellen, Wicheldorfer Str. 7 und Falkenhagener Str. 56, eröffnet worden. Die rege Benutzung der Umtauschstellen kann nicht dringend genug empfohlen werden.

Öffentliche Versammlung für die Angehörigen der Kriegsgesangenen und für die Heimkehrer. Wie bereits mitgeteilt, findet morgen, den 29. April 1921, 8 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Zelt, Charlottenburg, Berliner Str. 88, die große öffentliche Versammlung der Angehörigen von Kriegsgesangenen und der Heimkehrer, welche die Ortsgruppe Charlottenburg der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgesangener veranstaltet, statt. Erscheinen aller Beteiligten ist im eigenen Interesse unbedingt erforderlich.

Ein tüchtiger Reisender. In Oberschöneweide wurde gestern ein 15jähriger Bursche wegen gewerdmäßigen Diebstahls festgenommen, der sich als Reisender Edmund Goldschmidt aus Berlin ausgab. Dieser junge, hoffnungsvolle Mann besuchte die Geschäftsleute und bot ihnen Kaffee und Kakao zum Kauf an. Während der Geschäftsinhaber noch mit der Abfertigung seiner Kundschaft oder mit anderen Dingen beschäftigt war, stahl er lindernde Milch, Zigaretten und andere Waren, um sie in anderen Kaufhäusern wieder weiterzuverkaufen.

Milchlieferung. Am Donnerstag, den 28. d. Mis., erhalten die D. II und D III Karten keine Milch. Die 4. Milch-Kartenarten werden mit Frischmilch beliefert. Die übrige Lieferung bleibt wie bisher.

Gewerkchaftliches

Warnung

an Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte vor Zustimmung zu Kündigungen von Arbeitnehmern!

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Arbeiter- oder Angestelltenräte Zustimmung zu Kündigungen von Arbeitern oder Angestellten den Arbeitgebern gegenüber abgeben. Die Arbeiter- oder Angestelltenräte handeln hierbei in vollständiger Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen. Nach dem § 84 des Betriebsrätegesetzes können gekündigte Arbeitnehmer gegen die erfolgte Kündigung Einspruch beim Arbeiter- oder Angestelltenrat erheben. Der Arbeiter- oder Angestelltenrat soll dann nach dem § 86 des B. R. G. Verständigungsverhandlungen mit dem Arbeitgeber führen. Wenn eine Verständigung nicht gelingt, kann der Arbeiter- oder Angestelltenrat oder der betroffene Arbeitnehmer den Schlichtungsausschuß anrufen. Das Gesetz fordert nicht, daß sich der Arbeiter- oder Angestelltenrat dem Arbeitgeber gegenüber erklärt, ob er mit der Kündigung des Arbeitnehmers einverstanden ist, sondern weist der Arbeitnehmervertretung nur die Aufgabe zu, Verständigungsverhandlungen zu führen und dem Arbeitnehmer Kenntnis von dem Ergebnis zu geben. Sind die Verständigungsverhandlungen für den Arbeitnehmer erfolglos, kann er selbst oder durch den Arbeiter- oder Angestelltenrat den Schlichtungsausschuß anrufen.

Die Spruchpraxis des Schlichtungsausschusses geht nun dahin, Einsprüche von Arbeitnehmern gegen Kündigungen sofort zurückzuweisen, wenn der Arbeiter- oder Angestelltenrat seine Zustimmung zur Kündigung gegeben hat. Dem Arbeitnehmer ist dann jedes Verfolgen seiner Rechtsansprüche vor den gesetzlichen Instanzen unmöglich gemacht. Um die Arbeitnehmer vor diesem Schaden zu bewahren, darf kein Arbeiter- oder Angestelltenrat Zustimmungserklärungen zu Kündigungen abgeben. Es ist auch gar nicht einzusehen, weshalb die Arbeitnehmervertretungen sich zu Zustimmungserklärungen gebrauchen lassen. Solange den Betriebsvertretungen kein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen zugebilligt wird, haben sie auch keine Veranlassung dazu, eine ausdrückliche Zustimmung zu einer Kündigung zu geben. In Zukunft ist im Sinne der vorstehenden Ausführungen zu verfahren. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale. J. A. Guard.

Holzarbeiter

Berichtigung. Die Unterzeichneten erziehen um Aufnahme folgender Berichtigung: In der Nr. 194, Dienstagabendausgabe des „Vorwärts“, ist ein Bericht der U. S. P.-Funktionäre der Holzarbeiter unter den gewerkchaftlichen Teil, der Unrichtigkeiten enthält, die wir erziehen zu berichtigen. Allerdings haben wir uns als Fraktion der U. S. P.-D.-Holzarbeiter gegen die Besichtigung des „Knoten Internationalen Gewerkschaftsverbandes“ gewandt, da wir Gegner jeder Zersplitterung in gewerkschaftlicher Beziehung sind. Eine Erklärung in diesem Sinne ist auch in der Nr. 16 der Mitteilungen der Verwaltung der Holzarbeiter Berlins mit Begründung enthalten. Es entspricht aber nicht den Tatsachen, daß wir uns für die Nichtwiederwahl der angestellten Kollegen Meusch, Thielmann, Palm (nicht Palen) und Brest (nicht Bracht), weil sie Kommunisten sind, ausgesprochen oder festgelegt haben. Im Gegenteil, uns als U. S. P.-D.-Mitglieder ist es völlig gleichgültig, welcher Parteirichtung die Angestellten angehören, wir verlangen nur, daß sich alle in einer freien gewerkschaftlichen Organisation Angestellte streng auf den Boden freigewerkschaftlicher Grundsätze stellen. Um dieses festzustellen, soll in der Generalversammlung am 28. März allen zur Wahl stehenden Kollegen eine diesbezügliche Erklärung vorgelegt werden. Wenn die wiederzuwählenden Kollegen im Sinne dieser Erklärung ihre Tätigkeit im Verbande ausüben wollen, werden wir als U. S. P.-D.-Mitglieder für die Wiederwahl der Kollegen eintreten, ohne zu fragen, welcher Parteirichtung sie angehören. Im übrigen möchten wir bemerken, daß dieser Bericht im „Vorwärts“ nicht als Ergebnis der Aussprache zwischen U. S. P.-D. und U. S. P.-D.-Kollegen zu bewerten ist, sondern lediglich als ein Bericht der Versammlung der U. S. P.-D.-Holzarbeiter.

Fraktionsvorstand der U. S. P.-Holzarbeiter.

Wie uns eben mitgeteilt wird, haben die Rechtssozialisten das gemeinsame Abkommen geschlossen. Demnach haben unsere Genossen nur für die U. S. P.-Kandidaten ihre Stimme abzugeben.

Zur Erwerbslosenfürsorge

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes hatte schon am 15. Januar 1921 in einer Eingabe dem Reichsarbeitsministerium Vorschläge und Anregungen unterbreitet, um den Verhältnissen entsprechend, eine bessere und sozialere Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge herbeizuführen. Die aufgestellten Forderungen gingen konform mit den Anträgen der U. S. P.-D. und der U. S. P.-D.-Reichstagsfraktionen, die in der „Freiheit“ in der Mittwoch-Morgennummer ausführlich gebracht wurden.

Gefordert wurde auch die Beseitigung jeder Wartezeit, so daß die Erwerbslosenfürsorge sofort mit dem Tage einsetzt, an dem der Arbeiter außer Lohn und Brot kommt. Dagegen wurde eine Änderung vorgeschlagen in der Weise, daß der Paragraph 6 der Verordnung durch das Bestreben der Wartezeit „Infolge des Krieges“ Unbilligkeiten aus der Welt schafft, die in der Praxis zu Unzufriedenheiten geführt haben. Arbeiter, die infolge von Kohlenmangel arbeitslos wurden, sind z. B. als nichtunterstützungsberechtigt anerkannt worden und zwar auf Grund des § 6, Absatz 2.

Der Textilarbeiter-Verband hat inzwischen eine Antwort bekommen, eine Antwort, die keine ist, die sich daher sehen lassen kann.

Die vorgetragenen Wünsche werden bei der Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Ich erachte es indessen, um keine falschen Hoffnungen zu erwecken, für meine Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß ein Teil Ihrer Wünsche wenig Aussicht auf Erfolg hat.

Es wird der Anregungen aller freien Verbände bedürfen, um auf diesem Gebiete wesentliche Verbesserungen durchzuführen, um die Opfer unserer heutigen Gesellschaftsordnung vor unbilligen Härten zu bewahren und sie nicht die Sünden der besten aller Völker entgelten zu lassen.

Dann wird ein Reichsarbeitsministerium es sich nicht ungestraft erlauben dürfen, eine solche nichtslagende Antwort in die Welt gehen zu lassen.

Zur Einheitsorganisation.

Der Gedanke, daß die vielen kleinen Verbändchen irgendeines Berufes nichts Wesentliches schaffen können, bricht sich immer mehr Bahn. Auch innerhalb der verschiedenen Angestellten- und Beamtenberufe macht sich der Ruf zur Einheitsorganisation bemerkbar. Das Organ des Verbandes der Beamten der Exekutivposten Deutschlands „Der Polizeibeamte“ bringt einen Aufruf, der für die Einheitsorganisation eintritt. Wir erfahren daraus, daß die Polizeibeamten in Deutschland sich in „annähernd 20 Organisationen oder Organisationsgruppen“ befinden, die aber nicht imstande sind, die wirtschaftliche und berufliche

Besserstellung der Polizeibeamten durchzuführen. „Sommergewerkschaftlichen Standpunkt“ aus betrachtet, kann nur von einer Einheitsorganisation am wirksamsten, raschesten und erfolgreichsten etwas erreicht werden.“ Es wird deshalb verlangt, daß alle bestehenden Berufsorganisationen sich mit der Frage der Einheitsorganisation befassen und ihre Ortsgruppe anweisen, vorläufig logenannte Arbeitsgemeinschaften für alle bestehenden Berufsgruppen am Orte zu bilden.

Nur Einheit und Geschlossenheit führt zum Ziel! Sehr richtig! Wenn diese Berufsgruppen aus noch ihren Standesdünkel abstreifen, mit freigewerkschaftlichen Methoden sich vertraut machen und Anschlag haben an den A. G. D. B. resp. „Afa“, dann wird es diesen Leuten nicht schwer fallen, sich auf allen Gebieten durchzusetzen.

Für das zentrale Kaufmanns- und Gewerbegericht in Groß-Berlin

Die Arbeitnehmerorganisationen, die auf freigewerkschaftlichem Boden stehen, wie der Zentralverband der Angestellten, der im Allgemeinen freien Angestelltenbund mit gleichgerichteten Organisationen zusammenschlossen ist und auch die Berliner Gewerkschaftskommission, haben sich mit aller Entschiedenheit für den zentralen Aufbau des Kaufmanns- und Gewerbegerichts ausgesprochen.

Der Entwurf des Magistrats Berlin kommt dieser Forderung im Rahmen des vorgelegten Statuts entgegen, während von Arbeitgeberseite und von den interessierten Vorstehenden der bisherigen Vorortgerichte gegen diese Zentralisation Sturm gelaufen wird. Die Zahl der von den bisherigen Vorortgerichten erledigten Streitfälle fällt gegenüber derjenigen des Kaufmanns- und Gewerbegerichts der alten Stadtgemeinde Berlin verhältnismäßig wenig ins Gewicht. Hier wurde die größte Anzahl aller Fälle behandelt. Durch die Herausnahme der Einzelfälle aus dem Schlichtungsverfahren hat die Tätigkeit des Kaufmanns- und Gewerbegerichts eine erhebliche Erweiterung erfahren. Eine ersprießliche Behandlung dieser Fälle, die eine gewisse Kenntnis der innerhalb der einzelnen Berufszweige geltenden Arbeitsbedingungen zur Voraussetzung haben, ist die Schaffung von besonderen Kammern für die einzelnen Industriezweige innerhalb des Kaufmanns- und Gewerbegerichts notwendig. Die Durchführung dieser Maßnahme ist nur im Rahmen eines zentral aufgerichteten Gerichts möglich und darum werden Arbeiter und Angestellte sich auf alle Fälle für die Zentralisation des Kaufmanns- und Gewerbegerichts einsetzen. Der Hinweis auf entstehende Zeitverluste ist hinfällig, denn auch die Errichtung eines Bezirksgerichts würde für bestimmte Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen je nach Lage der Wohnung bzw. des Geschäftslokals mit Zeitverlust verbunden sein.

Zum Zwecke der schnelleren Einreichung der Klage ist außerdem im Statut der Stadtgemeinde Berlin die Schaffung von Klageaufnahmestellen vorgeschlagen, die dem Bedürfnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchaus entsprechen. Die Bestimmungen auf Zerstreuung des vorgezeichneten einheitlichen Kaufmanns- und Gewerbegerichts sind nichts weiter als die Fortsetzung der auch auf anderen Gebieten in die Erscheinung tretenden „Los von Berlin“-Bewegung, die alle Arbeitnehmer aufs entschiedenste bekämpfen werden. Wenn in dem Bericht über die Tagung von Arbeitgebern des Handels und der Industrie die Bekämpfung des zentralen Kaufmanns- und Gewerbegerichts mit der Rücksicht auf die Arbeitnehmer begründet wird, so dürfte die Befundung einer derartigen Forderung seitens der Arbeitgeber den Arbeitnehmern an sich verdächtig erscheinen.

Die Angestellten und Arbeiter werden aus diesen Gründen nach wie vor sich für die restlose Durchführung des zentralen Aufbaues des Kaufmanns- und Gewerbegerichts einsetzen, weil diese Form allein ihnen eine sachgemäße Rechtsprechung gewährleistet.

Reichswehrministerium und Deutscher Musikerverband

hatten gemeinsam Richtlinien ausgestellt über die Regelung der gewerblichen Musikfähigkeit der Militärmusikanten. In der Sitzung des 25. Ausschusses im Reichstag über die Beratung des Wehrgesetzes hat der Reichswehrminister auf die Anfrage eines Abgeordneten nunmehr offiziell seine Zustimmung zu diesem Abkommen gegeben, wodurch es Geltung erhalten hat. Das Abkommen bestimmt in der Hauptsache, daß 1. die gewerbliche außerdienstliche Musikfähigkeit der Militärmusiker grundsätzlich erst in Frage kommen darf, wenn geeignete Berufsmusiker nicht zur Verfügung stehen. 2. Das gewerbliche Kleinstspiel der Militärmusiker nur über den für den Ort zuständigen städt. paritätischen bzw. gemeinnützigen Arbeitsnachweis des Deutschen Musiker-Verbandes zu erfolgen hat.

Es steht dann noch örtliche paritätisch zusammengesetzte Schlichtungskommissionen und eine in Berlin zu errichtende Hauptkommission vor, die etwa entstehende Streitigkeiten zwischen Zivil- und Militärmusikern, insbesondere solche über Annahme und Ausführung von Musikveranstaltungen geschlossener Militärmusiktrupps, schlichten sollen.

Die Oberpostdirektion zur Steuerung der Arbeitslosigkeit. Um der zunehmenden Arbeitslosigkeit zu steuern, hat der Reichspostminister die Oberpostdirektoren beauftragt, die für das Rechnungsjahr 1921 geplanten größeren Veränderungen an den Telegraphenlinien mit größter Beschleunigung in Angriff zu nehmen. In erster Linie kommen hierfür Zementkanäle und die Auslegung von Kabeln in Betracht, weil bei diesen Arbeiten auch ungelernete Arbeiter beschäftigt werden können. Die Oberpostdirektionen sollen ferner auch solche Anlagen, die aus Mangel an Mitteln im Rechnungsjahre 1920 nicht mehr vollendet werden konnten, obwohl Zementformuläre, Kabel usw. bereits beschafft waren, nunmehr ohne Verzögerung herstellen, sowie solche Anlagen, die erst für einen späteren Teil des Rechnungsjahres 1921 in Aussicht genommen waren, soweit möglich, schon jetzt ausführen.

U. S. P.-Holzarbeiter-Generalsversammlungsdelegierte. Am Donnerstag, den 28. 4. 21, abends 8 Uhr, Generalsversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelhofer 15, Saal 4. Jeder U. S. P.-D.-Delegierte muß anwesend sein und bis zum Schluß der Generalsversammlung ausfahren. Wir machen unsere Genossen erneut auf den Beschluß der Verwaltung aufmerksam, wonach folgende Delegierte sich innerhalb 8 Tagen im Bureau, Zimmer 4, zu entscheiden haben, andernfalls das Mandat als erloschen betrachtet wird.

Fraktion der U. S. P.-D.-Holzarbeiter.

Steinsinger! Wir machen darauf aufmerksam, daß von jetzt ab unsere Verbandsversammlungen jeden Dienstag nach dem Ersten im Monat im Central-Casino, Brunnenstr. 154, abends 7 Uhr stattfinden. Zur nächsten Versammlung, am 3. Mai, muß jeder Verbandskollege erscheinen, da eine Urabstimmung über eine 50 prozentige Erhöhung der Streikunterstützung, die Wahl von Delegierten zur Bezirkskonferenz, die evtl. Ergänzungswahl eines Vorstandsmitgliedes u. a. m. zu erledigen ist. Verbandsbuch legitimiert.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag für den Fuß-Einzelhandel. Das Reichsarbeitsministerium hat den am 15. Januar 1921 abgeschlossenen Wandel- und Lokaritarvertrag der kaufmännischen Arbeitnehmer des Fuß-Einzelhandels für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin mit Wirkung vom 1. Januar 1921 für allgemein verbindlich erklärt. Gedruckte Tarifverträge sind im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten zu haben.

Siemenskonzern! Die in der U. S. P. organisierten Genossen aller freigewerkschaftlichen Organisationen treffen sich am Freitag, 4. Uhr, im Lokal von Reichle, Siemensstadt, Siemens-Gäßchen, Pankfurtisches Erdbeeren, in Pankfurt, Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimiert.

Der Dynamitanschlag auf das Elektrizitätswerk „Unterpre“

In der gestrigen Schlussverhandlung in dem Prozeß wegen des Attentates auf das Elektrizitätswerk „Unterpre“ wurde zuerst die Beweisaufnahme zu Ende geführt. Arbeiter aus dem Elektrizitätswerk schilderten eingehend die Vorgänge an dem tragischen Tage. Wüngerling sei der Anführer gewesen und habe die Sprengung der Schalttafel angeordnet. Die anwesenden Arbeiter seien wie eine Sammelherde mit vorgehaltenem Revolver zusammengetrieben worden. Einer der flüchtigen Zeugen habe erklärt, daß man zum Abschluß noch ein paar Handgranaten in das Wohnhaus werfen sollte.

Der Verteidiger, Justizrat Broh, stellte am Schluß der Zeugenvernehmung den Antrag, den früheren Minister Seegering und Hugo Stinnes als Zeugen darüber zu vernehmen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der preussischen Regierung den Plan gefaßt hätten, einen kommunistischen Aufstand zu provozieren. Nach Beratung lehnte das Gericht diesen Antrag ab.

Nach eingehendem Plädoyer beantragt der Anklagevertreter, Staatsanwaltschaftsrat Steiner, gegen Wüngerling 14 Jahre Zuchthaus, Polizeiaufsicht und Ehrverlust, gegen Schwalbe und Heizer je 10 Jahre Zuchthaus, gegen Pieskorsch 6 Jahre Zuchthaus, gegen Herzberg 2 Jahre Gefängnis.

Die Plädoyers der Verteidiger

Justizrat Broh: Bei den letzten Vorgängen in Deutschland handelt es sich um ein Einzelgefecht des Proletariats, das vorzeitig, da provoziert, von dem Proletariat ausgenommen wurde. Der Strafantrag des Staatsanwalts ist unerhört. Glauben Sie denn, daß Sie durch solche Zuchthausstrafen das revolutionäre Proletariat niederhalten werden? Das gesamte Proletariat wird erkennen, daß hier Ausnahmegerichte gesüßt werden gegen die Klasse der Ausgebeuteten. Sie schaffen nur Märtyrer. Die Ausnahmegerichte werden das gesamte Proletariat wieder zusammenschweißen. Gegen die Kapitulanten wurden keine Ausnahmegerichte eingeseht. Die Angeklagten begingen nur eine politische Tat. Zur Urteilsfällung ist es notwendig, daß das Gericht sich in die Ideologie und die Seele der Angeklagten hineinversetzt.

Dr. Weinberg beantragt für seinen Mandanten Pieskorsch Freisprechung von der Anklage wegen Verstoßens gegen das Sprengstoffgesetz und wegen Vorbereitung zum Hochverrat. P. habe lediglich Posten gestanden vor einem Versammlungsort der Kommunisten. Solche drakonischen Strafen, wie sie der Staatsanwalt beantragt, würden im Volke nicht verstanden. Der Krieg habe diesen Attentaten erst den Weg bereitet. Auch die Arbeitslosigkeit und das Elend der Arbeiterschaft ebnet solchen Laten den Boden. Bei Beurteilung der Verbrechen der Angeklagten müsse dies alles berücksichtigt werden. Die Verhandlung habe ergeben, daß auch in dem zur Verhandlung liegenden Falle Spiegel ihre unsaubersten Finger dazwischen hatten. Diese Elemente haben erst das Blut der einzelnen Angeklagten in Siedehitze gebracht und diese aufgebeht. Als alles so weit war, haben sie die Angeklagten bei der Polizei denunziert und sich hinter ihr Blutgeld bei der Polizei abgesetzt, denn Polizeikommissar Schaefer hat die Aussagen über die Beteiligung der Seeligen verweigert.

Justizrat Kränzl: Dem Angeklagten Wüngerling kann man die Achtung nicht verlagen, und wenn man dies nicht kann, dann darf man ihn nicht 14 Jahre ins Zuchthaus sperren. Überleben Sie nicht, daß wir einen Krieg hinter uns haben, einen Krieg, der die menschliche und sinnloseste Gewalt verkörpert, der die gesamte Menschheit demoralisiert hat. Das Gericht muß überlegen, daß die Strafe für den Angeklagten Wüngerling nicht einem Todesurteil gleichkommt.

Schlussworte der Angeklagten

Nach den Verteidigern ergriff der Hauptangeklagte Wüngerling das Wort zu längeren Ausführungen. Er schilderte sein Leben und seine politische Entwicklung. Er sei Terrorist in dem Sinne, daß die Intelligenz über die Beschränktheit herrschen müsse. Am Schluß seiner Ausführungen bekannte sich W. als Urheber des Attentates. Pieskorsch sei nicht orientierter gewesen, der Angeklagte Heizer habe mit dem Unternehmen nichts zu tun.

Der Angeklagte Schwalbe führte aus, daß 10 Jahre Zuchthaus den Abschluß seines Lebens bedeuten würden. In ruhigen, eindringlichen Worten, hat jeder Zuhörer, schilbert auch dieser Angeklagte seine entsetzliche Entwicklung. Er bekennt sich entschuldigend, an der Vorbereitung und Ausführung der Tat beteiligt gewesen zu sein. Später habe er die Tat erfahren, und wenn er deswegen bestraft werden sollte, dann gehe er ins Zuchthaus, weil er nicht zum Verräter an seinen Genossen werden wollte. Er schließt mit den Worten: Ich werde ins Zuchthaus gehen mit derselben Ruhe, wie Sie zum Mittagessen. Glauben Sie nicht, daß Sie durch Zuchthausurteile die Revolution erklären können. Genau so gut können sie mit ihren Reden die Sonne verdunkeln. Ihr Urteil wird nichts anderes sein als ein rotes Papier und vor der Geschichte ein Verbrechen an der Menschheit.

Die anderen Angeklagten bestritten nochmals die Beteiligung an dem Anschlag.

Nach 2 1/2 stündiger Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil:

Urteil:

Wüngerling 10 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Polizeiaufsicht; Schwalbe 7 Jahre Zuchthaus, Polizeiaufsicht; Pieskorsch 6 Jahre 3 Monate Zuchthaus, Polizeiaufsicht; Herzberg 1 Jahr 1 Monat Gefängnis; von Felden 1 Monat Gefängnis. Das Verfahren gegen den Angeklagten Heizer wird abgetrennt und ausgelehrt.

Aus der Urteilsbegründung ist von Interesse, daß auf Verurteilung zu Ehrverlust nicht erkannt wurde, weil die Tat der Angeklagten nicht ehrenrührigen Motiven entsprungen sei.

Zu einem kleinen Zwischenfall kam es, als zum Schluß der Verhandlung der Angeklagte Wüngerling ein Hoch auf die Revolution ausbrachte, in das einzelne Zuhörer einstimmen. Der Vorsitzende fand es unerhört, daß Zuhörer in das Hoch mit einstimmen. Wer noch einmal den Mund auftaut, werde eingesperrt.

Der Wahnsinn der Betriebsbesetzungen

Vor dem Ausnahmegericht des Landgerichtes I hatten sich am gestrigen Mittwoch wegen Landfriedensbruchs in Verantwortung der Zeitungsredakteur Otto Tornleifer, der Arbeiter Arthur Kanthal, der Arbeiter Otto Wendi, der Dreher Fritz Schwarze und der Arbeiter Paul Bollmann, als Verteidiger fungierten Rechtsanwalt Genosse Dr. Goenheim und Justizrat Kränzl.

Die Angeklagten haben zusammen mit einem größeren Trupp von Arbeitslosen am 28. März die Fabrik von Löwe besetzt, um die dortigen Arbeiter zum Streik zu veranlassen. Einzelne Arbeiter in dem Löwen'schen Betrieb sollen täglich bedroht worden sein, außerdem sollen die Feuer im Maschinenhaus geblasen worden sein. Mit Ausnahme des Angeklagten Bollmann heilte die familiäre Angeklagte, in dem Wohnhaus gewesen zu sein. Bei Kanthal und Wendi wurde je eine Handgranate gefunden. Ein Zeuge Siegler gibt an, die Angeklagten im Maschinenhaus geblieben zu haben.

Der Staatsanwalt erhob Anklage wegen Landfriedensbruchs bei familiären Angeklagten, außerdem forderte er für Kanthal und Wendi Bestrafung wegen Verstoßens gegen das Entwaffnungsgesetz. Er forderte für Tornleifer 1 Jahr Gefängnis, für Kanthal und Wendi je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, für Schwarze 9 Monate Gefängnis und für Bollmann 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. — Nachdem die Verteidiger Freisprechung

der Angeklagten gefordert hatten, verurteilte der Vorsitzende folgende Urteil: Tornleifer 1 Jahr Gefängnis, Kanthal 8 Monate Gefängnis, Wendi 1 Jahr Gefängnis, Schwarze und Bollmann je 9 Monate Gefängnis.

Giesberts hebt das Betriebsrätegesetz auf

Der Reichspostminister hat am 18. Januar 1921 an die Oberpostdirektionen nachstehende Verfügung erlassen:

Die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung ist kein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken im Sinne des Betriebsrätegesetzes, sondern eine dem Gemeinwohl dienende öffentliche Verkehrsanstalt. Damit wird die auf Grund des § 71 W.G. erhobene Forderung des dortigen Bezirksrates hinfällig.

Der rechtssozialistische Reichstagsabgeordnete Bender hat die Verfügung zum Anlaß für eine kleine Anfrage genommen, worin er mit Recht daran erinnert, daß bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes im 6. Ausschuß der Nationalversammlung kein Zweifel darüber bestanden hat, daß die großen Staatsbetriebe, wie Eisenbahn und Post, ohne Rücksicht auf ihre gegenwärtige Wirtschaftlichkeit oder Unwirtschaftlichkeit als Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken gelten sollten. Bender erinnert weiter daran, daß das Reichsarbeitsministerium den Begriff des Betriebes mit wirtschaftlichen Zwecken ebenso auffaßt. Auch alle namhaften Kommentatoren erklären das Betriebsrätegesetz ebenso.

Der Herr Reichspostminister scheint also der Auffassung zu sein, daß Betriebe, die dem Gemeinwohl dienen, nicht unter die Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken zu rechnen sind. Wenn man das hinhaltet, könnte man fragen, ob denn die Post- und Telegraphenverwaltung in ihrer gegenwärtigen Verfassung wirklich dem Gemeinwohl dient? Die Auffassung des Postministers fordert zu dieser Frage sogar heraus, denn je mehr der Post- und Telegraphenbetrieb dem Gemeinwohl dient, um so mehr ist er ein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken, vorausgesetzt, daß man nicht dem Zeitum verfällt, daß sich der Begriff des wirtschaftlichen Zweckes mit dem Begriff des Geldverdienen deckt. Weiter: Gerade weil die Post- und Telegraphenverwaltung ein Betrieb ist, der dem Gemeinwohl dienen soll, ist die Kontrolle durch Betriebs- und Beamtenträte besonders notwendig. Denn die Betriebsräte sind keineswegs einseitige Vertretungen der Lohninteressenten der Arbeitnehmerschaft, sondern sie sind vielmehr als Vertretungsgesellschaften der großen Masse der Bevölkerung Organe, die darüber zu wachen haben, daß das Gemeinwohl in allen Betrieben und Produktionszweigen, ganz gleich, ob sie öffentlicher oder privater Bewirtschaftung unterworfen sind, gewahrt bleibt. Das muß doch endlich einmal begriffen werden. Es muß daher auf das dringendste gefordert werden, daß die von dem Herrn Reichspostminister ausgeübte Verdrehung des Sinnes des Betriebsrätegesetzes und des Artikels 165 der Reichsverfassung, auf dem das Gesetz beruht, sofort rückgängig gemacht wird durch die Aufhebung seiner Verfügung.

Reichsgetreidestelle gegen Hermes

Wie uns mitgeteilt wird, hat der langjährige Leiter der Reichsgetreidestelle, der Geheimrat Kleiner, den Rücktritt von seinem Posten erklärt. Als Grund für diese im gegenwärtigen Augenblick höchst auffällige Erscheinung wird angegeben, daß Kleiner es mit seiner Überzeugung für unvereinbar halte, den Plan des Reichsernährungsministeriums für die künftige Ordnung der Getreidewirtschaft zu vertreten.

Auf demselben Standpunkt wie Kleiner steht aber auch das Kuratorium der Reichsgetreidestelle, das sich nur aus Angehörigen der bürgerlichen Parteien zusammensetzt. Einmütig hat diese Körperschaft kürzlich beschlossen, an der gegenwärtigen Bewirtschaftung festzuhalten und die Pläne des Reichsernährungsministeriums abzulehnen. Es ist begreiflich, daß die Öffentlichkeit bisher von diesen Tatsachen nicht unterrichtet worden ist, obwohl sonst gerade des Ernährungsministeriums sich der Presse für seine Zwecke sehr gut zu bedienen weiß.

Vinderung der Arbeitslosigkeit

Ausbau von Telegraphenlinien

Die „Dona“ meldet: Um der zunehmenden Arbeitslosigkeit zu wehren, hat der Reichspostminister die Oberpostdirektionen beauftragt, die für das Rechnungsjahr 1921 geplanten größeren Veränderungen an den Telegraphenlinien mit größter Beschleunigung in Angriff zu nehmen. In erster Linie kommen hierfür Zementkanäle und die Auslegung von Kabeln in Betracht, weil bei diesen Arbeiten auch ungelernete Arbeiter beschäftigt werden können. Die Oberpostdirektionen sollen ferner auch solche Anlagen, die aus Mangel an Mitteln im Rechnungsjahr 1920 nicht mehr vollendet werden konnten, obwohl Zementformstücke, Kabel usw. bereits beschafft waren, nunmehr ohne Verzögerung herstellen, sowie solche Anlagen, die erst für einen späteren Teil des Rechnungsjahres 1921 in Aussicht genommen waren, soweit möglich, schon jetzt ausführen.

Soweit die Verordnung des Reichspostministers, die zum mindesten von gutem Willen zeugt. Jetzt kommt es darauf an, daß der Anweisung Folge gegeben wird. Es muß gefordert werden, daß die Herren Oberpostdirektoren die Inangriffnahme der Arbeiten nicht hinausziehen, um mit guten Jahresabschlüssen in ihren Direktionsbezirken prunken zu können, ein engherzig bürokratisches Bestreben, das für ihre Handlungen meist entscheidend ist. Die Betriebs- und Beamtenträte sowie die beteiligten Gewerkschaften der Arbeiter und Beamten erfüllen eine dankbare Aufgabe, wenn sie sorgfältig auf die sofortige Durchführung der Anweisung des Ministers achten.

Streikkrisis im Einzelhandel

Am Dienstag nahmen die Angestellten des Berliner Einzelhandels in mehreren Massenversammlungen Stellung zu dem Bericht über die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern. Die ablehnende Haltung der Arbeitgeber gegenüber den Forderungen der Angestellten löste bei den Versammelten starke Entrüstung aus. Unter lebhaftem Beifall forderten sämtliche Diskussionsredner die Erfüllung der erhobenen Forderungen. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Über alles Erwarten der Angestellten zeigten die Arbeitgeber der Einzelhandelsgemeinschaft durch ihr Verhalten sowohl in den vorausgegangenen Verhandlungen zwischen den Parteien als auch vor dem Schlichtungsausschuß,

daß ihnen an der Erhaltung des Wirtschaftsriedens innerhalb der Einzelhandelsbetriebe von Groß-Berlin nicht soviel gelegen ist, als sie der Öffentlichkeit gegenüber zu verantworten in der Lage sein müßten. Die Beständnislosigkeit gegenüber der Forderung der Angestellten im Einzelhandel einerseits und andererseits aber auch gegenüber der Tatsache, daß die Rücksicht auf das gesamte Wirtschaftsleben heute über den Eigennutz Einzelner zu stellen ist, zwingt die Angestellten, Maßnahmen in den Kreis ihrer Erwägungen zu ziehen, deren Verantwortung sie den Arbeitgebern der Berliner Einzelhandelsgemeinschaft überlassen müssen. Die Angestellten erklären, daß die ihnen so aufgedrungenen Kampfmaßnahmen zur reiflichen Anwendung gelangen werden, wenn nicht bessere Einseitigkeit die Gegenseite in letzter Stunde zum Einigen kommen veranlaßt.

Die Arbeitgeber im Berliner Einzelhandel sehen nunmehr vor der Entscheidung, entweder den Forderungen der Angestellten Rechnung zu tragen oder die Verantwortung für eine Erschütterung des Wirtschaftslebens zu tragen, dessen Folgen unabsehbar sind, da etwa 30 000 Angestellte der Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte in den Streik gezogen werden. Die Versammlungen ließen keinen Zweifel, daß die Angestellten den ihnen aufgezwungenen Kampf mit aller Energie und Geschlossenheit führen werden.

Agrarischer Steuerstreik!

Dem agrarischen Lieferstreik folgt jetzt der agrarische Steuerstreik. Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgendes vertrauliche Rundschreiben, dessen Richtigkeit ihm von absolut glaubwürdiger Seite bestätigt wird, und das vom „Kreiswirtschaftsverband Niederbarnim“ unter der Tagesbuchnummer 883 am 22. April versandt wurde:

An die Vertrauensmänner!

Wie wir festgestellt haben, sind Beamte des Finanzamtes unterwegs, um die Landwirte für die Umfassung zu bearbeiten (1) und durch Unterschrift zur Anerkennung zu hoher Sätze zu überreden.

Leider haben wir auch erfahren, daß tatsächlich viele Landwirte unterschrieben haben. Es ist uns wirklich unverständlich, daß unsere Mitglieder sich hierzu haben bereit finden können. Die Landwirte schädigen sich auf diese Weise selbst und begeben sich jeder Möglichkeit, ihre berechtigten Interessen zu vertreten. Sie werden zu hoch und ganz ungerecht besteuert werden.

Landwirte! Wozu seid Ihr organisiert?

Niemals darf sich ein Landwirt darauf einlassen, Finanzämtern oder Behörden Anstalten zu erteilen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Landwirte! Bewahrt immer auf Eure Organisation, lehnt jede Verhandlung ab und verlangt, daß die Behörden mit Eurer Organisation in Verbindung treten. Wir werden dann die geeigneten Landwirte heranziehen und mit den Behörden verhandeln.

Wir bitten unsere Vertrauensmänner dringend, dafür zu sorgen, daß solche Fälle, wie oben geschildert, sich nicht wieder ereignen, und daß alle Mitglieder schleunigst gewarnt werden.

Der Verbandsdirektor, gez. J. Ewers.

Dieses Dokument ist nach mehreren Richtungen hin sehr interessant. Es zeigt zunächst ganz unüberklimt die in allen bestehenden Kreisen herrschende Auffassung, daß sie dem Staate eine Gnade erweisen, wenn sie überhaupt Steuern zahlen. Die Verpflichtung der Landwirte zur Zahlung der Umsatzsteuer wird deshalb als eine widerrechtliche „Bearbeitung“ der Landwirte darzustellen versucht.

Nach hegeichender aber ist die Unverschämtheit, mit der diese Organisation der Landwirte ihre Mitglieder zum Steuerstreik und zum Widerstand gegen die Anordnungen der Staatsgewalt auffordert. Nach dem Beispiel aber, das die agrarischen Vertreter im Reichstage den Landwirten dauernd geben, ist diese Aufforderung vollkommen verständlich. Denn sie ist die unausweichliche Folge der dauernden Sabotageversuche der deutschen Nationalen Herren Helfferich, Schiele usw., die dabei von den Führern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und zum Teil auch von den Demokraten lebhaft unterstützt werden.

Daß die Steuerleistungen der Agrarier als zu hoch und ungerichtet bezeichnet werden, ist ja ebenfalls dem Sprachgebrauch der bürgerlichen Vertreter entlehnt. Die Veröffentlichung dieses Dokumentes aber kommt gerade recht, in dem Augenblick, in dem die bürgerlichen Parteien erneut den Versuch unternehmen, für die Landwirte eine weitere Erleichterung von der Einkommensteuer durchzuführen.

Wir müßten uns aber auch die Frage gefallen lassen, was der Herr Reichsfinanzminister zu tun gedenkt, um diesem Steuerstreik der Landwirte entgegenzuwirken. Oder sollte er etwa die Absicht haben, auch für die Lohnempfänger lediglich die Berufsorganisationen als Verhandlungskontrahenten mit den Finanzämtern zuzugestehen?

Die „Entwurzelten“ der DAPD

Auf dem rheinisch-westfälischen Bezirksparteitag der D.A.P.D. in Düsseldorf machten die von der Zentrale kassierten Führer Otto Braß und Kurt Gezer den Versuch, eine Rebellion gegen die allgewaltige Berliner Zentrale zu entfachen. Aber dieser Versuch ist völlig gescheitert. Trotzdem Kurt Gezer und Braß nichts unversucht ließen, um, unter schmerzlichen Bindungen und halben Zugeständnissen, die Delegierten für sich einzufangen, wurde gemäß dem Gebot des aus Berlin herbeigeeilten Walter Sieder eine längere Resolution der Brüsseler Delegierten mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Fallus der abgelehnten Resolution lautet:

„Der Bezirksparteitag verurteilt aufs schärfste die jegliche Taktik der Zentrale, alle ihr unbequemen Kritiker mundtot zu machen. Er protestiert gegen die Methode des Entwurzelns fähender und bewährter Parteigenossen aus ihrem bisherigen Wirkungsbereich, einer Methode, die die Verzerrung in der Parteimitgliedschaft noch vergrößert. Der Bezirksparteitag fordert Freizügigkeit der Kritik innerhalb der Partei, damit die Fehler und Schwächen der letzten Aktion aufgezeigt und gebessert werden können, damit die Partei wieder die vom Vertrauen der Massen gestützte Führerin des deutschen Proletariats.“

Da dieser abgelehnte Beschluß und eine alsdann zur Annahme gekommene Resolution, die das Entwurzelnde mit der politischen Haltung der Parteizentrale erklärt, von dem kommunistischen Organ in Remscheid mit der Bemerkung kommentiert wird: „Daß dieser Beschluß der notwendigen Klärung in der Partei besonders förderlich ist, vermögen wir nicht anzuerkennen“, dürfte die Zahl der „Entwurzelten“ bald durch die Redakteure der Remscheider „Bergischen Volksstimme“ vermehrt werden.

